

Policy

Zivile Konflikt- bearbeitung und Friedensförderung

Januar 2019

Impressum

Herausgeber
Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
Telefon: +49 30 65211 0
info@brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de

Autor/innen: Fachgruppe Frieden & Entwicklung
Redaktion: Marina Peter, Martina Fischer, Andreas Dieterich, Caroline Kruckow
V.i.S.d.P. Klaus Seitz

Januar 2019

Inhalt

1.	Einleitung	4
2.	Problembeschreibung - Kontextanalyse	4
2.1	Wandel der globalen Kontexte	4
2.1.1	Zunahme von Gewaltkonflikten und Überlagerung von Krisen	4
2.1.2	Begrenzungen des VN-Systems	5
2.1.4	Nukleare Rüstungswettläufe und Rüstungsproliferation	6
2.1.5	Zunehmende Militärfixierung der EU und ihrer globalen Politik	7
2.1.6	Krise der Demokratie und Einschränkung der Zivilgesellschaft	8
2.2	Herausforderungen	8
3.	Prinzipien und Leitwerte	9
3.1	Gerechter Frieden & Entwicklung	9
3.1.1	Prävention von Gewaltkonflikten als Leitwert	10
3.1.2	Konfliktverständnis, gewaltfreie Austragung und Transformation von Konflikten	10
3.1.3	Menschenrechtsbasierter Ansatz	11
3.1.4	Versöhnung und Umgang mit vergangener Gewalt als Voraussetzung für langfristigen Frieden	11
3.1.5	Gender, Konflikt und Frieden	12
3.2	Lessons learnt: Chancen und Risiken von Entwicklungs- und Friedensarbeit	13
3.2.1	Frieden muss von innen wachsen: Partner finden die Lösungen	13
3.2.2	Partnerschaften langfristig und verbindlich anlegen	13
3.2.3	Eigenes Verhalten reflektieren und Schaden vermeiden	14
4.	Handlungsfelder und Schwerpunkte	14
4.1	Wichtige Voraussetzungen für die praktische Friedensarbeit	14
4.1.1	Kontexte, Akteure und Konfliktursachen verstehen	14
4.1.2	Konfliktsensible flexible Planung und realistische Wirkungsanalyse	15
4.2	Handlungsfelder	15
4.2.1	Zivilgesellschaftliche Friedenskräfte stärken	15
4.2.2	Den Gender-Blick in der Friedensförderung schärfen	17
4.2.3	Glaubensbasierte Akteure und ihr Friedenspotential stärken	17
4.2.4	Identitätskonflikte berücksichtigen und der Instrumentalisierung von Religion vorbeugen	18
4.2.5	Versöhnung: Vergangenheitsarbeit und Konflikttransformation stärken	19
4.2.6	Natürliche Ressourcen und Schutz von Landrechten in die Friedensförderung einbeziehen	19
4.2.7	Räume für Globales Lernen und Friedenspädagogik schaffen	20
4.2.8	Lobbyarbeit für das Primat des Zivilen und kohärente Friedenspolitik betreiben	20
4.2.9	Politikkohärenz stärken - eigene Anteile am Unfrieden abbauen	21
4.3	Friedensförderung als Querschnittsaufgabe	22
4.3.1	Humanitäre Hilfe, Entwicklungs- und Friedensarbeit: Systemische Ansätze gezielt unterstützen	22
4.3.2	Friedens- und Menschenrechtsarbeit gestalten, Konfliktsensibilität fördern	23
4.3.3	Chancen und Grenzen von Dialogprogrammen erkennen	23
4.3.4	Professionelle Unterstützung und gemeinsames Lernen sicherstellen	24
4.3.5	Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit stärker an den Themen Frieden und Abrüstung ausrichten	25

1. Einleitung

Der Auftrag von Brot für die Welt ist ausgerichtet auf die Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt und ihrer Ursachen. Er zielt darauf ab, weltweit soziale und ökonomische Ungleichheit abzubauen und für einen nachhaltigen Frieden, Gewaltfreiheit und Gewaltprävention einzutreten. Die kirchliche Entwicklungsarbeit berücksichtigt dabei den engen Zusammenhang zwischen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe haben sich im Rahmen des strategischen Planungsprozesses 2015/16 zum Ziel gesetzt, die zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung zu stärken. Dieses Anliegen ist im Oberziel I „Arme stärken – Frieden fördern – Schöpfung bewahren“ des Brot für die Welt-Strategieplans 2016-2020 sowie explizit in Ziel 4: „Friedensfähigkeit stärken: Handlungsmöglichkeiten in Gewaltkonflikten erhöhen – für Konflikttransformation eintreten“ verankert. Der Strategieplan reflektiert die Verknüpfung von Entwicklungs- und Friedensarbeit, verweist zugleich aber auch auf die Notwendigkeit, Friedensaufbau, Gewaltprävention und Konflikttransformation als eigenständige Handlungsfelder zu verstehen. Die Kombination von Maßnahmen der Armutsbekämpfung, Bildung und Gesundheit mit friedenspolitischen Initiativen und Versöhnungsprojekten erweist sich in zahlreichen (Nach-)Kriegsregionen, in denen Partner von Brot für die Welt tätig sind, als zwingend. Gleichzeitig benötigen wir angesichts der Zunahme von Gewaltkonflikten und Rüstungsausgaben, globalen Machtverschiebungen und damit verbundenen Friedensgefährdungen intensive Friedensarbeit sowie Präventionsanstrengungen sowohl auf der lokalen, nationalen als auch auf der internationalen Ebene. Mit der vorliegenden Policy soll für die unterschiedlichen Komponenten der Arbeit von Brot für die Welt (finanzielle und personelle Förderung einer großen Bandbreite von Partnern, politische Lobbyarbeit, Advocacy-Arbeit und Inlandsarbeit) ein gemeinsamer Bezugsrahmen geschaffen werden. Dieser bietet die Möglichkeit, die Bereiche sinnvoll miteinander zu verknüpfen, ebenso wie friedenslogische Denkweisen und eine „ganzheitliche“ Zusammenarbeit mit Partnern zu gewährleisten. Zu verschiedenen Themen wie etwa Gendergerechtigkeit, Partnerschaft, Resilienz u. a. sind bereits Policypapiere erstellt oder in Vorbereitung. Um Doppelungen zu vermeiden, werden Schnittstellen angemerkt aber zur Vertiefung auf die entsprechenden Papiere verwiesen. Zu den Themen Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung gibt es im Werk bereits einige Grundlagendokumente, die sich beispielsweise mit dem ethischen Prinzip des „gerechten Friedens“, der Prävention von Gewaltkonflikten und einer friedenslogischen Flüchtlingspolitik auseinandersetzen. Sie bildeten und bilden das Fundament der strategischen Ausrichtung der friedensfördernden Arbeit des Werks. Mit diesem – auf früheren aufbauenden – Papier liegt jetzt eine aktualisierte Policy vor, fokussiert auf die inzwischen veränderten Rahmenbedingungen und globalen Herausforderungen. Brot für die Welt möchte hiermit einen Beitrag leisten zum ökumenischen Pilgerweg für Gerechtigkeit und Frieden des Weltkirchenrats sowie Mitgliedskirchen auf ihrem Weg zur ‚Kirche des gerechten Friedens‘ unterstützen und Synergien in der friedenspolitischen Arbeit stärken.

2. Problembeschreibung - Kontextanalyse

2.1 Wandel der globalen Kontexte

2.1.1 Zunahme von Gewaltkonflikten und Überlagerung von Krisen

In den 1990er-Jahren kam es weltweit zu einem Rückgang von Kriegen und Bürgerkriegen. Diese Entwicklung wurde unter anderem den Anstrengungen der Vereinten Nationen (VN) und dem Einsatz nicht-staatlicher Akteure für Konflikttransformation zugeschrieben.¹ Seit 2004 steigt die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen allerdings wieder an. Zugenommen haben v. a. Anzahl und Intensität der innerstaatlichen Gewaltkonflikte. Nach Einschätzungen der Weltbank und der VN ist die Zahl sogenannter

„low-intensity“-Konflikte seit 2007 um 60% gestiegen.² Prognosen gehen davon aus, dass im Jahr 2030, dem Referenzpunkt für die Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele der VN, mehr als 60% der armen Bevölkerung in Ländern leben werden, die von Fragilität und hohen Gewaltpotenzialen betroffen sind.³ Vielerorts geht diese Entwicklung mit dem Zerfall staatlicher Strukturen und dem Machtzuwachs nichtstaatlicher Gewaltakteure, Drogen- und Menschenhandel sowie organisierter Kriminalität einher. Die Zunahme terroristischer Aktivitäten und der vom Westen nach 9/11 ausgerufene „Krieg gegen den Terror“ haben sich zu einer Gewaltspirale verdichtet. Weiterhin aber werden bewaffnete Konflikte auch um politische und kulturelle Anerkennung, Zugang zu Ressourcen (Land,

Rohstoffen, Wasser usw.) sowie wirtschaftliche Teilhabe geführt, wobei internationale Wirtschaftsakteure mancherorts konfliktverschärfend wirken. Hinzu kommt, dass Fortschritte in der Bekämpfung von Hunger und Armut und relatives Wirtschaftswachstum in manchen Regionen durch ein rasantes Bevölkerungswachstum und soziale Ungleichheit wieder relativiert werden. Das gilt vor allem für Teile Afrikas. Wenn große Teile der nachwachsenden Bevölkerung ohne Perspektiven bleiben, bilden sie ein Rekrutierungspotenzial für extremistische und gewaltbereite Gruppen. Gewaltkonflikte wiederum behindern Entwicklung und machen erfolgreiche entwicklungspolitische Anstrengungen zunichte. Ein Problem besteht jedoch auch darin, dass Wirtschaftsmodelle, die in einigen Regionen Wohlstand erzeugen, mit dazu beitragen, andernorts Lebensgrundlagen zu gefährden und Gewaltkonflikte zu begünstigen. So kam es in den vergangenen beiden Dekaden zu zahlreichen Ernährungskrisen im globalen Süden. Sie erschweren Armutsbekämpfung und gehen mit Konflikten um Land und Ressourcen einher. Eine massive Zunahme ausländischer Direktinvestitionen in landwirtschaftliche Nutzflächen, die globalen Preisentwicklungen bei Agrargütern, aber auch schnell wachsende Nachfrage nach regenerativen Rohstoffen für Energie- und industrielle Nutzung beschleunigten diese Entwicklung. Die internationalen Wirtschafts- und Finanzkrisen 2008/09 verschärften die Situation zusätzlich und vergrößerten soziale Ungleichgewichte. Auch klimatische Veränderungen begünstigen krisenhafte Entwicklungen. In Teilen Afrikas und der Pazifikregion ist die klimabedingte Zerstörung von Lebensgrundlagen schon jetzt klar erkennbar und bildet – neben Gewaltkontexten – einen zusätzlichen Faktor für erzwungene Migration. Nach neuesten Angaben des VN-Flüchtlingswerks (UNHCR) sind inzwischen weltweit mehr als 68 Millionen Menschen auf der Flucht, infolge von Krisen, Kriegen und Naturkatastrophen. Es wird erwartet, dass vor allem die Zahl der Klimaflüchtlinge in den kommenden Jahren stark zunehmen wird⁴.

Rund 70 Jahre nach dem 2. Weltkrieg, 20 Jahre nach dem Dayton Abkommen auf dem Balkan und 10 Jahre nach dem Russland-Georgien-Krieg um Abchasien und Südossetien ist mit der Ukrainekrise auch in Europa wieder ein Krieg ausgebrochen. Dieser Krieg dauert in der Ost-Ukraine bis heute an. Aufrüstung und militärische Manöver auf beiden Seiten (sowohl der westlichen Allianz als auch Russlands und seiner verbündeten Staaten) in unmittelbarer Nachbarschaftsregion zu EU-Mitgliedstaaten haben gegenseitiges Misstrauen verstärkt und Erinnerungen an Zeiten des Kalten Kriegs heraufbeschworen, die Ost-West-Beziehungen stehen rund 3 Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer erneut auf dem Prüfstand.

Zudem führt die Auflösung staatlicher Strukturen in einigen Regionen dazu, dass die Grundbedürfnisse von Menschen nicht mehr befriedigt werden können. Anderswo handeln selbst demokratisch gewählte Regierungen nicht im Interesse der eigenen Bevölkerung, sondern bereichern nur sich und ihre Klientel. Die Folgen sind eine Zunahme von Gewaltpotenzialen, von kriminellen Strukturen, Menschenrechts- und Friedensgefährdungen, besonders deutlich in Teilen Afrikas. Auch in der Mittelmeerregion sowie im Nahen und Mittleren Osten (MENA Region) erfüllte sich die Hoffnung auf eine Transformation von Konflikten, die mit den Protestbewegungen und den politischen Umstürzen (dem sogenannten „arabischen Frühling“) verbunden war, nicht. Stattdessen traten auch hier neue Gewaltakteure auf den Plan. Insbesondere im Zuge der Intervention in Libyen kam es zu einer Diffusion von Kriegsmaterial und Kämpfern in angrenzende Gebiete. Verfehlte internationale Politik, Waffenexporte und Einflußnahme von außen trugen mit dazu bei. Dieses, gepaart mit Staatsversagen bzw. schlechter Regierungsführung, führte in verschiedenen Ländern dazu, dass sich z. B. in der Sahelregion Extremismus und kriminelle Netzwerke in umfangreichen Gewaltökonomien festsetzen konnten, die durch staatliche oder internationale Instanzen kaum mehr unter Kontrolle gebracht werden können. Aber auch in zahlreichen Ländern in Lateinamerika, Osteuropa oder Asien haben sich durch illegale Geschäftsmodelle, kriminelle Netzwerke und paramilitärische Akteure Gewaltkulturen in einer Weise verselbstständigt, dass weite Teile der Bevölkerung in extremer Unsicherheit leben.

2.1.2 Begrenzungen des VN-Systems

Während der 1990er Jahre kam es zu einem Ausbau des VN-Systems im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von Gewaltkonflikten. Infolge der Agenda für den Frieden (1994) des damaligen Generalsekretärs Boutros-Ghali wurden neue Strukturen geschaffen, die eine Früherkennung von Krisen und Krisennachsorge erleichtern sollten. An vielen solcher Prozesse waren zivilgesellschaftliche Akteure und Kirchen aktiv beteiligt, die über eigene Erfahrungen in der Konfliktvermittlung und Friedensförderung verfügten.

Gleichwohl sind den Herangehensweisen der VN in Bezug auf Prävention aber weiterhin enge Grenzen gesetzt und sie sind nur so handlungsfähig, wie die Mitgliedstaaten sie haben wollen. Bei diesen müssen die VN-Institutionen für jede einzelne Maßnahme regelrecht „betteln gehen“. So warb das Generalsekretariat vom Herbst 2014 bis Ende 2015 sehr nachdrücklich, aber letztlich vergeblich bei den

Mitgliedstaaten dafür, das Welternährungsprogramm so aufzustocken, dass die aus dem syrischen Bürgerkrieg geflohenen Menschen in den Anrainerstaaten humanitär versorgt hätten werden können. Die Weigerung der Mitgliedstaaten und die Verknappung der Nahrungsmittel waren letztlich mitverantwortlich für die anschließenden massiven Wanderungsbewegungen. Neben der Mittelknappheit tragen Machtverschiebungen im internationalen System zur Komplexität des Konfliktgeschehens und zur Begrenzung des VN-Systems bei. Gleichzeitig wird humanitäre Hilfe in Krisenregionen oft zum Bestandteil der Krisenreaktion und läuft Gefahr, als Ergänzung für militärische Interventionen oder auch für politische Ziele von Großmächten instrumentalisiert zu werden.

2.1.3 Abkehr vom Multilateralismus, Rückkehr der „Geopolitik“ und Alleingänge von Großmächten

Friedensforscher/innen gehen davon aus, dass das internationale Machtgefüge vor massiven Umbrüchen steht. Inzwischen kann man von einem Machtverlust des Westens sprechen, ohne dass sich klar abzeichnet, in welche Richtung sich das Machtgefüge genau entwickeln wird. Auch wenn die USA ihre militärische und politische Dominanz bislang erhalten konnten, haben sich wirtschaftlich, finanziell und kulturell die Gewichte verschoben, z. B. aufgrund des Machtzuwachses der sogenannten BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika). Diese verlangen mehr Mitspracherechte, während die bisherigen Vormächte ihre Macht nicht in Frage stellen lassen wollen. Neue Akteure treten – mit unterschiedlichen strategischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen - auf den Plan und gewinnen auch in den Ländern des globalen Südens an Einfluss (wie z. B. China in Afrika).

Das Handeln von Großmächten wie den USA und Russland ist zunehmend von einer Mentalität des Rechts des Stärkeren getragen, welche die Welt als eine Arena betrachtet, in der Staaten auf Kosten anderer um eigene Vorteile ringen, anstatt die Erhaltung des Friedens durch politische Integration, wirtschaftlichen Austausch und Prozesse der Verrechtlichung in den internationalen Beziehungen anzustreben. Gleichzeitig werden Strukturen der multilateralen Abstimmung in Frage gestellt, wie z. B. in den Bereichen Klimaschutz, Wirtschaft und Rüstungskontrolle durch die US Regierung unter Donald Trump. Aber auch Russland stellte unter Führung von Präsident Putin gleich in mehrfacher Hinsicht neues Großmachtstreben unter Beweis: mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Einmischung in den Ukraine-Konflikt, ebenso wie durch das

Engagement im syrischen Bürgerkrieg. Zum einen ist eine „Selbstenthemmung der Großmächte“⁵ zu beobachten, zum anderen wird Macht auch auf regionaler Ebene neu austariert, wie z. B. mit dem militärischen Engagement Saudi-Arabiens und Irans im Jemen im Rahmen eines „Stellvertreterkriegs“. Gravierend kommt hinzu, dass die neue „Großmachtrivalität“ auch in einem Kräftemessen in der atomaren Rüstung kumuliert.

2.1.4 Nukleare Rüstungswettläufe und Rüstungsproliferation

Das Friedensforschungsinstitut SIPRI zählte 2017 weltweit 14.935 Atomsprengköpfe, welche die Menschheit anhaltend in ihrer Existenz gefährden. 90% davon sind im Besitz der Großmächte USA und Russland, die ihren internationalen Verpflichtungen zur Abrüstung langsamer nachkamen als vereinbart. Alle Atomkräfte weltweit modernisieren derzeit ihre Arsenale und werden dafür schätzungsweise 1 Billion US-Dollar investieren. Diese Mittel würden für Armutsbekämpfung, wirtschaftliche Entwicklung, humanitäre Hilfe und Maßnahmen der zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung dringend benötigt. Treibende Kräfte der neuen Rüstungsspirale sind die Großmächte USA und Russland, es droht ein erneutes atomares Wettrennen zwischen Ost und West, das sich 2017 bereits in weltweit steigenden Militärausgaben widerspiegelt.⁶ Im Windschatten der Rüstungswettläufe von Großmächten ziehen auch regionale Mächte nach. Es besteht die Gefahr, dass die Rüstungskontrollpolitischen Erfolge der 1980er und 1990er Jahre ausgehebelt werden, wie das erst 2015 ausgehandelte Abkommen mit dem Iran. Der Konflikt auf der koreanischen Halbinsel zeigte, wie der Besitz von Atomwaffen und das Konzept der atomaren Abschreckung geradewegs in die Eskalation führen können. Alle Beteiligten pokern hoch, das wechselseitige Misstrauen steigt. Diese Dynamik muss durchbrochen werden, wenn die Welt nicht einen Atomkrieg riskieren will. Mit ihrer Kampagne für die Ächtung und ein internationales Verbot von Atomwaffen haben die VN und die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) ein wichtiges Zeichen gesetzt. 122 Staaten (fast zwei Drittel der VN-Mitglieder) haben im Juli 2017 einen Atomwaffenverbotsvertrag beschlossen. ICAN wurde mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Gleichwohl ist die Wirkung des Vertrags begrenzt, da sich die Atomwaffen-Staaten daran nicht beteiligten. Auch die deutsche Regierung entzog sich den Verhandlungen und wird den Vertrag vorerst nicht unterzeichnen.

Die globale Situation ist von neuer Großmachtrivalität und zugleich von großer Unübersichtlichkeit geprägt. Bislang ist

kein funktionierendes System in Sicht, das mäßigend oder vermittelnd tätig werden könnte. Die neuen Konfliktkonstellationen stellen auch Europa vor große Herausforderungen.

2.1.5 Zunehmende Militärfixierung der EU und ihrer globalen Politik

Auf der europäischen Ebene lieferte seit Beginn der 1990er Jahre die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eindrucksvolle Beispiele für Gewaltprävention und zivile Konfliktbearbeitung, indem sie die friedliche Loslösung der baltischen Länder von der ehemaligen Sowjetunion unterstützte. Hier kam ein breites Spektrum von Soft-Power-Aktivitäten zum Einsatz (Fact-Finding, vertrauensbildende Maßnahmen, Entsendung von Kurz- und Langzeitmissionen, Runde Tische und Dialoge). Die OSZE verfügt über ein Mitgliederspektrum von Vancouver bis Wladiwostok und es ist ihr vielerorts in Osteuropa gelungen, unter Beteiligung politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure die Regelung von Minderheitenrechten zu unterstützen. Ihre Bedeutung wurde auch in der Ukraine-Krise sichtbar, wo ihr weiterhin eine wichtige Funktion für vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle zukommt. Infolge des Kriegs im ehemaligen Jugoslawien baute auch die Europäische Union (EU) ihr Instrumentarium für Prävention und Friedensförderung aus. OSZE und EU wiederum stimmen sich mit dem Europarat im Hinblick auf die Festsetzung von Normen und Standards bei der Umsetzung von Menschen- und Minderheitenrechten ab.

Der Ausbau der europäischen Institutionen für Krisenprävention wird aktuell jedoch stark gebremst. Es ist ein Wandel der politischen Diskurse erkennbar, die sich zunehmend an einer militärischen Definition von Sicherheit orientieren und das normative Ziel des Friedens immer mehr in den Hintergrund drängen. Das verdeutlichen vor allem die Strategiepapiere der EU und einiger Mitgliedsstaaten. Für die Abwehr von terroristischen Gefahren, von djihadistischen Bewegungen, kriminellen Strukturen und Migrationsbewegungen sollen vorwiegend polizeiliche und militärische Akteure in den betroffenen Ländern ausgebildet und ausgerüstet („ertüchtigt“) werden, während Ansätze ziviler Konfliktbearbeitung und entwicklungspolitische Initiativen den (meist europäisch definierten) Sicherheitsinteressen untergeordnet werden. Es besteht auch die Gefahr, dass EZ-Mittel, die für die Armutsbekämpfung gedacht sind, zunehmend für die Flüchtlingsabhaltung und Errichtung von Grenzsicherungen im sogenannten „afrikanischen Krisenbogen“ (dazu gehören Nordafrika und die Sahelregion) zweckentfremdet werden. Teilweise werden auch mühsam

erkämpfte Instrumente für zivile Krisenprävention und Friedensförderung für militärische Aufgaben umfunktioniert. Ein plastisches Beispiel ist der Vorstoß der EU-Kommission, angetrieben durch mehrere Mitgliedstaaten unter deutscher Führung, das „Instrument der EU für Stabilität und Frieden“ (IcSP), das für den Ausbau ziviler Ansätze geschaffen wurde, für „militärische Ertüchtigung“ umzufunktionieren, der bei der Mehrheit des EU-Parlaments Unterstützung fand. Die Bundesregierung hat das Projekt im Rahmen ihrer Politik der „Ertüchtigung“ des Sicherheitssektors in Krisenländern aktiv mit vorangetrieben, mit der Begründung, dass Entwicklung ohne Sicherheit nicht möglich und dass ein „umfassender“ Ansatz erforderlich sei. Zusammen mit der französischen Regierung hat die Bundesregierung auch das Projekt „Ständige strukturierte Zusammenarbeit“ der EU maßgeblich initiiert, an dem sich seit Ende 2017 25 Mitgliedstaaten beteiligen. Ziele sind die Schaffung eines gemeinsamen Verteidigungsfonds, der Aufbau von Interventionskapazitäten sowie die Erweiterung von „Ertüchtigungsprogrammen“ für Partnerarmeen und Polizeiapparate im afrikanischen Raum. Außerdem zeichnet sich ab, dass im Zuge einer von der Kommission geplanten Neustrukturierung der EU-Finanzarchitektur die Entwicklungsfinanzierung der Außen- (bzw. Migrations-) politik untergeordnet werden soll und bewährte Instrumente zur Finanzierung ziviler Konfliktbearbeitung (IcSP) und Menschenrechtsarbeit (EIDHR) aufgelöst werden.

Die deutsche Regierung hat bislang die Entwicklungen auf der EU-Ebene weitgehend mitgetragen und teilweise sogar maßgeblich mit vorbereitet. Zudem hat sie für die kommenden Jahre eine Erhöhung des Militäretats angekündigt. Im Koalitionsvertrag haben die Regierungsparteien Aufwüchse im Bereich der Militärausgaben an Erhöhungen des Etats für Entwicklungszusammenarbeit gekoppelt. Allerdings kündigten Bundeskanzlerin Merkel und Verteidigungsministerin von der Leyen im Juni 2018 an, dass bis zum Jahr 2024 1,5% des Bruttonationaleinkommens für Militärausgaben aufgewandt werden sollen.

Es gibt also hierzulande und auf europäischer Ebene einen klaren Trend zur Versicherheitlichung von Diskursen und zur Höherbewertung der „Sicherheit“ auf Kosten von Entwicklung und Frieden. Reagiert wird vor allem auf Symptome, aber es gibt keine überzeugenden Konzepte für die Analyse und Bearbeitung der Ursachen von Fluchtbewegungen und von Gewaltkonflikten, die zu den Hauptgründen für erzwungene Migration gehören. Dieser Sicherheitslogik ist eine Politik entgegenzusetzen, die sich an „Friedenslogik“ orientiert.⁷

2.1.6 Krise der Demokratie und Einschränkung der Zivilgesellschaft

Die o.g. Belastungen für den Frieden werden noch ergänzt durch die Aushebelung demokratischer Strukturen in zahlreichen Weltregionen. Fortschritte in der Demokratisierung, die z. B. in Osteuropa, Afrika und Lateinamerika seit den 1990er Jahren verzeichnet wurden, werden teilweise wieder zunichte gemacht. In einigen Ländern sind es demokratisch gewählte Regierungen, die massive Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen von Minderheiten dulden und mitverantworten (z. B. in Myanmar). Der Abbau von Demokratie geht oft mit massiven Einschränkungen der Handlungsspielräume für Zivilgesellschaft und Kriminalisierung von friedlichen Protesten einher. Partizipations- und Beteiligungsrechte werden massiv eingeschränkt und Nichtregierungsorganisationen (NRO) mit rechtlichen oder polizeilichen Schikanen belegt. Recherchen von CIVICUS zufolge lebt aktuell nur mehr ein kleiner Teil der Weltbevölkerung in demokratischen Verhältnissen. Gerade einmal 23% aller Länder werden im Hinblick auf Zivilgesellschaft als „offen“ eingestuft (Civics Monitor 2018 und Atlas ZG, Brot für die Welt 2018)⁸, dort leben weniger als 4% der Weltbevölkerung. Mehr als drei Milliarden Menschen hingegen sind gravierend in ihren Handlungsspielräumen eingeschränkt. Repressionen gegen zivilgesellschaftliche Akteure und Kriminalisierung sind vor allem in Ländern zu beobachten, deren Regierungen sehr unpopulär oder korrupt sind und die den Verlust politischer Macht befürchten. Zumeist geht das einher mit manifesten ökonomischen Interessen. Proteste gegen Umweltzerstörung und Landraub infolge von Großprojekten im Agrar- und Energiesektor und der Extraktion von Rohstoffen werden unterdrückt. Hier stören NROs, die sich für die Einhaltung von Umwelt- oder Sozialstandards engagieren, das Geschäft. Aktivist/innen, die sich für Friedenspolitik und Gewaltfreiheit engagieren, werden kriminalisiert oder in ihrem Handlungsradius immer mehr eingeschränkt - auch in demokratischen Staaten wie den USA oder Israel. Nicht selten kommen sie auch ums Leben. Vielerorts werden aber auch Forderungen von Menschen nach demokratischer Teilhabe abgewehrt, wie z. B. in den Ländern der MENA-Region, im Sudan oder in Russland. Immer mehr Staaten gehen offensiv gegen zivilgesellschaftliches Engagement vor. Auch Partner von Brot für die Welt sind davon betroffen.⁹

In zahlreichen Ländern Europas einschließlich Deutschland haben populistische und rechsextreme Strömungen in den vergangenen Jahren den politischen Diskurs verändert und zu einer teils tiefen Spaltung der jeweiligen Gesell-

schaft geführt. Außerdem zeichnet sich ab, dass die Gewaltbereitschaft (u. a. gegen Migrant/innen und Geflüchtete) wächst. Dieser Entwicklung muss dringend durch eine friedenslogische Flüchtlingspolitik¹⁰ entgegengewirkt werden.

2.2 Herausforderungen

In seiner Friedens- und Entwicklungsarbeit muss Brot für die Welt mit den geschilderten Veränderungen im internationalen System umgehen und auf die damit verbundenen vielfältigen Friedensgefährdungen reagieren. Teilweise geschieht das bereits in der Zusammenarbeit mit Partnern in zahlreichen Weltregionen. So hat sich das Werk in vielfältiger Weise auf die veränderten Anforderungen im Bereich der Unterstützung von Zivilgesellschaft eingestellt. Jedoch müssen die Formen der Zusammenarbeit mit Partnern, ihre Unterstützung und Förderung teilweise noch stärker auf die veränderten Rahmenbedingungen zugeschnitten und Flexibilität gewahrt werden (siehe dazu Abschnitt 4.2. und 4.3.). Auch für die Lobbyarbeit ergeben sich neue und zusätzliche Anforderungen. Weiterhin bleibt es wichtig, Politikprozesse auf nationaler und europäischer/internationaler Ebene kontinuierlich zu beobachten und den Diskurs von Mandats- und Entscheidungsträger/innen zu beeinflussen, um darauf hinzuwirken, dass dem Ausbau von Institutionen zur Verbeugung von Gewaltkonflikten und zivilen – diplomatischen, politischen und entwicklungsbezogenen – Instrumenten Vorrang vor dem Ausbau militärischer Kapazitäten eingeräumt wird. Dafür bieten Politikempfehlungen, die im VN-Kontext erarbeitet wurden, wichtige Referenzpunkte. So z. B. die Agenda 2030 mit ihren 17 „Sustainable Development Goals/SDGs“, die in ihrer Gesamtheit zu Frieden beitragen sollen und spezifisch mit dem „SDG 16: Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“ eine Verknüpfung zwischen Frieden und Gerechtigkeit herstellen. Aufgefordert wird dazu, „friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz (zu) ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen auf(zu)bauen“.¹¹ Eine weitere Herausforderung besteht darin, unsere Partner in ihrer Lobbyarbeit zu unterstützen sowie ihren Stimmen, wo immer nötig, auch zusätzlich internationales Gehör zu verschaffen. Zudem gilt es, ihre Anstrengungen für den Aufbau von Prozessen und Strukturen zur friedlichen, gewaltfreien Konfliktbeilegung auch unter den beschriebenen, erschwerten Bedingungen langfristig, sensibel und flexibel zu unterstützen. Schließlich ist es notwendig, Maßnahmen für die Reduzierung von Gewaltpotenzialen und gegen die Verbreitung von Waffen zu unterstützen und zu stärken.

In einigen Ländern unserer Partner beobachten wir, dass zivilgesellschaftliche Akteure im Umgang mit dem Zerfall staatlicher Strukturen unterschiedliche Mechanismen der Selbstverwaltung entwickeln und dass sie gerade angesichts repressiver Verhältnisse kollektive Solidarität entfalten. In diesen Aktivitäten müssen sie dringend unterstützt werden. Es geht also auch darum, innerhalb der Strukturen des Unfriedens nach vorhandenen Friedenspotentialen zu suchen und Prozesse zu fördern, die es ermöglichen, Friedensallianzen zu schmieden. Auch auf internationaler Ebene haben zivilgesellschaftliche Akteure erfolgreiche Bündnisse geschaffen, um auf die Gestaltung globaler Politikprozesse Einfluss zu nehmen (etwa in den Bereichen atomare Abrüstung, Kleinwaffenkontrolle, „New Deal for the Engagement in fragile States“ Sustainable Development Goals/Agenda

2030, Compact for Migration). Auch dieses Engagement verdient uneingeschränkte Unterstützung.

Bevor die praktischen Konsequenzen der globalen Herausforderungen mit den konkreten Handlungsfeldern von Brot für die Welt in Beziehung gesetzt werden (siehe Abschnitt 4.) werden im folgenden dritten Abschnitt die Prinzipien und Leitwerte näher beleuchtet, nach denen das Werk (Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe) seine Aktivitäten zur Unterstützung von Friedensförderung und Konflikttransformation ausrichtet: das Leitbild des „gerechten Friedens“, das Konzept der „Gewaltprävention“, der „mensenrechtsbasierte Ansatz“, „Gendergerechtigkeit“, das Prinzip der „Gewaltfreiheit“ und die Aufarbeitung von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen als Voraussetzung für Versöhnung.

3. Prinzipien und Leitwerte

3.1 Gerechter Frieden & Entwicklung

Im biblischen Zeugnis sind Gerechtigkeit und Frieden nicht voneinander zu trennen: „Die Frucht der Gerechtigkeit wird Frieden sein und der Ertrag der Gerechtigkeit Ruhe und Sicherheit auf immer“ verheißt der Prophet Jesaja (Jesaja 32,17)¹². Die Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft in Genf stellte im Jahre 1966 fest, dass Gerechtigkeit und Frieden nicht nur „Aufgaben für die jeweiligen nationalen Gesellschaften [sind], sondern auch für das Verhältnis zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern“. Damit ist ein Bereich gemeinsamer Verantwortung beschrieben: „Gerechtigkeit und Frieden in einer interdependenten Welt“ wurde seit der Weltkirchenkonferenz 1968 zum Leitthema kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit¹³. Schon in der Entwicklungs-Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von 1973 heißt es: „Da wir heute die Lage der Menschen in der ganzen Welt kennen und auch über die Mittel verfügen, gibt es keine Entschuldigung mehr. Es ist eine Welt, und die ungeheuren Ungleichheiten zwischen den Menschen verschiedener Nationen und verschiedener Kontinente sind so unentschuldigbar wie die großen Unterschiede innerhalb von Nationen.“¹⁴

Mit der scheinbaren Auflösung des Ost-Westkonfliktes und nach den Anschlägen vom 11. September 2001 entstanden neue globale friedens- und sicherheitspolitische Herausforderungen, mit denen sich auch die Kirchen auseinandersetzen mussten. Die EKD stieß dazu einen Diskussionsprozess

an, der 2007 in der Friedensdenkschrift „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ mündete¹⁵. In der Einleitung heißt es: „Friede ist keine Selbstverständlichkeit. Ihn zu wahren, zu fördern und zu erneuern, ist eine immerwährende Aufgabe“ (mit Verweis auf die erste EKD-Friedensdenkschrift)¹⁶. Die Denkschrift von 2007 hebt die Notwendigkeit der Prävention, den Vorrang der Gewaltfreiheit und die Bedeutung des zivilen Friedensdienstes und der Entwicklungsdienste für die Förderung, Bewahrung und Wiederherstellung eines nachhaltigen Friedens hervor. Außerdem entwickelte sie die Leitidee des „gerechten Friedens“. Gerechtigkeit wird hier als „Kategorie einer sozialen Praxis der Solidarität“ verstanden, „die sich vorrangig den Schwachen und Benachteiligten zuwendet und sich im Gebot der Nächsten- und Feindesliebe erfüllt“.¹⁷ Frieden wird als gesellschaftlicher Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender (politischer und sozialer) Gerechtigkeit verstanden. Zu den Grundelementen gehören Schutz vor Gewalt, ein Leben in Würde, die Förderung der Freiheit, der Abbau von Not, und die Einhaltung des Rechts.

Dies ist auch für Brot für die Welt handlungsleitend. Die kirchliche Entwicklungsarbeit berücksichtigt den engen Zusammenhang zwischen Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Unser Leitwert vom gerechten Frieden orientiert sich am holistischen Ansatz, den die internationale ökumenische Bewegung und der Weltkirchenrat in den vergangenen Dekaden formuliert haben („peace in the local community, with the earth, in the market place,

and between the peoples“).¹⁸ Gerechtigkeit ist in diesem Verständnis eng mit Verteilungsgerechtigkeit und Zugangschancen, aber auch mit der Abwesenheit von Gewalt und Unterdrückung verknüpft. Die Konvokation von Busan (2013) definierte das Anliegen des „gerechten Friedens“ folgendermaßen: „As the Ecumenical Call to Just Peace (ECJP) stated, to take the path of just peace is to enter a collective, dynamic yet grounded process of freeing human beings from fear and want, of overcoming enmity, discrimination and oppression, and of establishing conditions for just relationships that privilege the experience of the most vulnerable and respect the integrity of creation.... We commit to turn away from planet-changing patterns of consumption as the engine of economic growth, and refuse to accept that any nation's security requires the capacity to annihilate other nations or to strike alleged enemies at will anywhere on earth.... Together we commit to protect human dignity, practice justice in our families and communities, transform conflicts without violence and ban all weapons of mass destruction.“¹⁹

3.1.1 Prävention von Gewaltkonflikten als Leitwert

Das Grundanliegen der kirchlichen Entwicklungsarbeit ist es, Menschen dabei zu unterstützen, ihr Leben aus eigener Kraft zu verbessern, selbst zu bestimmen und würdevoll zu gestalten. Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe armer oder marginalisierter Bevölkerungsgruppen können dazu beitragen, Konflikte offenzulegen und einer konstruktiven Bearbeitung zuzuführen. So verstanden ist Entwicklungsarbeit immer auch mit der Einmischung in gesellschaftliche, politische und ökonomische Machtverhältnisse verbunden. Die Prävention von Gewalt ist damit ein besonderes Anliegen und bildet einen wichtigen Leitwert.

Inzwischen schlagen auch VN und die Weltbank ein holistisches Modell der Konfliktvorbeugung vor, in dem Akteure, Institutionen und Strukturen zu berücksichtigen sind: Entwicklung wird auch hier als relevanter Bestandteil von Gewaltprävention gesehen. Entscheidend sei, die „richtige“ Balance zwischen Wachstumsförderung, Armutsbekämpfung und der Überwindung gesellschaftlicher Ungerechtigkeit herzustellen.²⁰

Frieden wird heute aber nicht mehr „nur“ als willkommene Nebenwirkung von Entwicklung betrachtet, sondern bewusst als Ziel intendiert. Dieses erfordert über die klassische Entwicklungsarbeit (Armutsbekämpfung, Bildung

und Gesundheitsversorgung) hinausgehende, auf den Aufbau von Vertrauen, friedliche Konfliktbearbeitung und Friedensfähigkeit ausgerichtete Maßnahmen. Die Schaffung einer friedlicheren Welt hängt nach unserer Überzeugung ganz wesentlich davon ab, dass der Vorbeugung von Gewaltkonflikten erste Priorität eingeräumt wird und dass die dafür erforderlichen diplomatischen, politischen und gesellschaftlichen Fähigkeiten und Institutionen auf lokaler, nationaler und regionaler/internationaler Ebene systematisch ausgebaut werden.

Viele unserer Partner haben Schritte in diese Richtung unternommen, die wir z. B. in verschiedenen Lernwerkstätten, die die kirchlichen Entwicklungswerke und Brot für die Welt 1999²¹, 2008/9²² und 2014/2015²³ durchführten sowie in zahlreichen Partnerworkshops vor Ort diskutieren. Diese verdeutlichen, dass für Friedensarbeit eine Reihe von Themenfeldern zu bearbeiten und in einem strategischen Zusammenhang zu sehen sind: Staatlichkeit und Macht, gute Regierungsführung, Unterstützung von Gendergerechtigkeit, Zugang zu Land/Ressourcen, politische Partizipation, Überwindung von Ungleichheit und Identitätsfragen, z. B.. Dies erfordert sowohl hohe Flexibilität als auch langfristige Verpflichtungen und einen langen Atem in der Förderung.

3.1.2 Konfliktverständnis, gewaltfreie Austragung und Transformation von Konflikten

Konflikte sind natürlicher und notwendiger Bestandteil von Beziehungen und unausweichlich in der Arbeit für eine gerechtere Welt. Es geht also nicht darum, Konflikte zu vermeiden, sondern es muss gelingen, diese auf einem gewaltfreien Weg konstruktiv zu bearbeiten. Unsere Friedensarbeit richtet sich demnach auf die gewaltfreie Austragung und auf die Transformation von Konflikten. Die Begriffe „Zivile Konfliktbearbeitung“ und „Konflikttransformation“ beschreiben, wofür Brot für die Welt und seine Partner stehen. Für eine effektive Konflikttransformation ist die Arbeit an Konfliktursachen Grundbestandteil. Die Beteiligten müssen darin unterstützt werden, die Ursachen von Konflikten gemeinsam anzugehen und zu überwinden. Transformation heißt Veränderung und macht deutlich, dass es um Prozesse geht, nicht um schnelle Lösungen: Prozesse, in denen Not gelindert wird und neue Beziehungen geschaffen werden, in denen Versöhnung einen Raum hat, gerechtere soziale Strukturen erreicht, Institutionen und Friedenskompetenzen aufgebaut werden, Dialog zu Normen und Werten stattfinden kann und Hoffnung entsteht.

Konflikttransformation kann Gewaltkonflikten vorbeugen oder zu deren Überwindung beitragen. Gleichzeitig muss man aber in der Friedensarbeit auch Konfrontationen eingehen und Konflikte verdeutlichen, um ihre Ursachen sichtbar zu machen. Das ist ein umfassender Ansatz, der konsequente Arbeit in allen Milieus, auf allen Ebenen und mit allen Akteuren benötigt. In seiner konstruktiven Form kann ein Konflikt Motor des Wandels sein, wenn es gelingt, zuvor als unvereinbar angesehene Positionen und Ziele kreativ, zukunftsweisend und ohne Schaden für die Beteiligten zusammenzubringen und weiterzuentwickeln. Friedensarbeit, muss jedoch – neben konstruktiven Prozessen der Bearbeitung – auch die Strukturen des Unfriedens (z. B. Machtasymmetrien, politische und sozioökonomische Ausgrenzungen und ungerechte Herrschaftsverhältnisse) in den Blick nehmen und beseitigen helfen.

3.1.3 Menschenrechtsbasierter Ansatz

Frieden und Gerechtigkeit zusammen zu denken (siehe Kapitel 3.1) bedeutet, Friedensförderung, Konfliktbearbeitung und menschenrechtsbasierte Arbeit eng miteinander in Beziehung zu setzen. Menschenrechtsverletzungen sind einerseits Folge von gewaltsamen Konflikten, andererseits häufig aber auch Ursache für Gewalteskalationen. Ohne auf die Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen zu achten und den Schutz von Menschen, die für die Menschenrechte eintreten, zu gewährleisten, ist eine Friedensarbeit im Sinne eines nachhaltigen gerechten Friedens nicht denkbar.

Menschenrechtsverletzungen geben erste Hinweise auf Konflikte und deren Eskalationspotential. Daher können Akteure, die auf Verletzungen von Menschenrechten achten, die Ursachen für Konflikte frühzeitig erkennen und effektiver bearbeiten. Der sogenannte rechtebasierte Ansatz bietet dafür die Grundlage. Die Menschen sind hier keine passiven Empfänger von Leistungen, sondern Rechteinhaber/innen. Sie haben auch ein Recht auf Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen und politische Mitbestimmung. Das Ziel des rechtebasierten Ansatzes ist es, Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Rechte zu kennen und sie gegenüber staatlichen Institutionen einfordern zu können. Gleichzeitig sollen staatliche Institutionen dafür sensibilisiert werden, dass es Menschenrechte gibt, sie diese garantieren und umsetzen müssen. Im Vordergrund eines rechtebasierten Ansatzes stehen immer die besonders benachteiligten und ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen. Aus der langjährigen Zusammenarbeit mit Partnern, die sich im Friedensbereich engagieren, wissen wir, dass Menschenrechtsarbeit und

Konflikttransformation zusammen gehören (s. a. Dokumente zu den Lernwerkstätten und den Orientierungsrahmen der Ökumenischen Diakonie).²⁴ Die Nutzung von nationalen und internationalen Instrumenten des Menschenrechtsschutzes kann, wenn sie mit einer effektiven Öffentlichkeitsarbeit verknüpft wird, staatliche Stellen zu einer aktiveren Konfliktbearbeitung veranlassen. Auch private Akteure wie Transnationale Konzerne, die öffentlich für Menschenrechtsverletzungen mitverantwortlich gemacht werden können, zeigen sich manchmal zu Zugeständnissen bereit, um Imageschäden abzuwenden. Dafür gibt es Beispiele etwa im Rohstoffbereich und der globalen Automobilindustrie²⁵.

3.1.4 Versöhnung und Umgang mit vergangener Gewalt als Voraussetzung für langfristigen Frieden

Der Umgang mit vergangener Gewalt ist ein wichtiger Bestandteil von Friedensarbeit, um Prozesse der Aussöhnung zu unterstützen und neuen Gewaltspiralen vorzubeugen. Juristische, gesellschaftliche und politische Formen der Aufarbeitung sind erforderlich, um vergangenes Unrecht aufzudecken, das Leiden der Opfer anzuerkennen, gegen Straffreiheit einzutreten und soziale Beziehungen und Vertrauen in kriegszerstörten Gesellschaften (wieder) aufzubauen. Aber auch individuelle, kollektive oder auch spirituelle Formen der Heilung tragen dazu bei. Das Engagement unserer Partner und folgerichtig unsere Friedensarbeit richtet sich daher auch auf die Bearbeitung von gesellschaftlichen und individuellen Traumata, um gesundheitliche wie psycho-soziale Dienste, um Vergangenheitsbewältigung durch Erinnerungsarbeit und Bildung, Übernahme politischer Verantwortung und schließlich auch um Bereitstellung von materiellen und immateriellen Kompensationen zu ermöglichen.

Vergangenheitsarbeit und der sogenannte „Transitional Justice“²⁶ Ansatz (TJ), soll dieser Komplexität Rechnung tragen, indem er Maßnahmen in verschiedenen Bereichen beinhaltet, u. a. Strafverfolgung, Reform von staatlichen Institutionen und Justiz, Täter-Opfer-Ausgleich, Reparationen und Restitution von Eigentum, sowie Erinnerungsarbeit und Gesundheits- und Sozialdienste. Das Internationale Tribunal zur Verfolgung von Kriegsverbrechen im ehemaligen Jugoslawien in Den Haag hat wesentlich zur Beendigung von Straflosigkeit und zur Weiterentwicklung des Völkerstrafrechts beigetragen. Versöhnungs- und Wahrheitskommissionen können in manchen Kontexten zur Aufarbeitung sehr hilfreich sein. Darüber hinaus sind jedoch

vielfältige Ansätze der Aufarbeitung in lokalen Gemeinwesen erforderlich, um ein weiteres friedliches Zusammenleben zu ermöglichen. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass juristische TJ-Maßnahmen in Verbindung mit Entwicklungsmaßnahmen angelegt werden sollten, damit neben der juristischen Aufarbeitung auch positive Veränderungen der Lebensbedingungen für die Betroffenen in den Blick genommen werden. Um konfliktransformative Wirkung zu entfalten, benötigt Vergangenheitsarbeit Impulse auf der übergeordneten politischen und auf der gesellschaftlichen Ebene. Zivilgesellschaftliche Akteure, darunter etliche unserer Partnerorganisationen, begleiten solche Prozesse. Brot für die Welt steht ihnen dabei beratend und unterstützend zur Seite. Inzwischen liegen reichhaltige Erfahrungen aus Forschung und Praxis zu den unterschiedlichen Instrumenten vor, auf denen man aufbauen kann. Sie verdeutlichen aber auch, dass die Frage, welches Instrument für welche Situation passend ist, stark von den gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Kontexten abhängt und nur situationsbedingt von den Akteuren vor Ort beantwortet werden kann.

Vergangenheitsarbeit, die sich an den im VN-Diskurs entwickelten „Joinet-Prinzipien“²⁷ orientiert, muss sicherstellen, dass sich Gewalt und Menschenrechtsverletzungen nicht wiederholen und daher auch die Reform staatlicher Institutionen anstreben. Das erfordert auch die Zusammenarbeit und Beobachtung von Sicherheitsapparaten und Justizfolgereinrichtungen. Einige unserer Partner haben Zugänge zu Sicherheitskräften und auch zu nichtstaatlichen Gewaltakteuren aufgebaut. Sie nutzen diese, um Gewalt zu vermindern, Zivilbevölkerung zu schützen und die Einhaltung von Menschenrechten einzufordern. Ihre Erfahrungen im Umgang mit Sicherheitsakteuren und nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen sind für die Menschenrechts- und Friedensarbeit von besonderer Bedeutung.

3.1.5 Gender, Konflikt und Frieden

Frauen und Männer übernehmen in Konfliktsituationen und im Friedensengagement spezifische und teilweise sehr unterschiedliche Rollen. Dabei können sie gleichzeitig Ziel der Gewalt als auch Gewaltausübende/r sein. Gut dokumentiert ist inzwischen, dass viele Frauen und Mädchen Opfer sexualisierter Kriegsgewalt sind²⁸, wohingegen die Tatsache, dass sich sexualisierte Gewalt auch gegen Männer und Jungen richtet, erst in den vergangenen Jahren thematisiert wird. Gegen wen sich die Gewalt primär richtet und wer sie ausübt, ist im Rahmen von Konflikt- und Kontextanalysen jeweils zu analysieren, auch genderspezifisch. Frauen sind nicht immer nur Opfer. Als „Mittäterinnen“

schließen sie sich bewaffneten Gruppen an oder bestärken ihre Männer darin, Gewalt auszuüben. Oftmals aber befreien sie sich aus einer passiven Opferrolle, viele müssen das Überleben ihrer Familien sichern oder setzen sich für die Beendigung von Gewalt und Abrüstung ein, um Frieden wiederherzustellen. Frauen können zu zentralen Akteurinnen für Gewaltüberwindung, Frieden und Konflikttransformation werden. Allerdings müssen sie dafür ihre Perspektiven auch einbringen können. De facto werden sie aber in der Realität patriarchalischer Gesellschaften nicht als gleichberechtigte Betroffene wahrgenommen und sind weiterhin als Akteurinnen in der Konfliktbearbeitung, wenn es um Friedensverhandlungen und politische Neuordnung geht, stark unterrepräsentiert.²⁹ Unsere Partnerorganisationen weisen darauf hin, dass den Gewalterfahrungen von Frauen in bewaffneten Konflikten noch zu wenig Gehör geschenkt wird und dass Frauen in der Konfliktbearbeitung und Friedensförderung nach wie vor keine gleichberechtigte Rolle zugeordnet wird. Die Ausgrenzung von Frauen, Widerstandskräfte gegen Gendergerechtigkeit und das Beharren auf Traditionen sind eng verbunden mit der Frage, wer die Macht in relevanten gesellschaftlichen Institutionen wie z. B. Kirche, Glaubensgemeinschaften und anderen traditionellen Autoritäten hält. Für eine Veränderung bedarf es auch der Unterstützung von gesellschaftlich legitimierte Autoritäten, die für diese Anliegen aufgeschlossen sind.

Die VN-Sicherheitsrat-Resolution 1325 und ihre Folgeresolutionen zu ‚Frauen, Frieden, Sicherheit‘ bieten einen umfassenden Bezugsrahmen, der eine ganzheitliche Vorbereitung und Förderung von Frauen und ihrer gleichberechtigten Rolle in Konfliktbearbeitung, Frieden und Sicherheit sicherstellen soll. Viele unserer Partnerorganisationen arbeiten aktiv auf nationaler und internationaler Ebene für die Umsetzung der Resolution und werden durch Brot für die Welt hierin langfristig sowohl in der Förderung wie auch in Beratung und Lobby- und Advocacyarbeit darin unterstützt. Erkenntnisse und Forderungen aus der Zusammenarbeit mit unseren Partnern fließen auch in die Lobbyarbeit gegenüber der deutschen Bundesregierung (wie etwa zum aktuellen Nationalen Aktionsplan 1325) sowie internationalen und multilateralen Akteuren (wie EU oder OSZE) ein.

Auch beim Blick auf die Rolle von Jugendlichen in Konflikten müssen wir differenzieren. Oft werden Jugendliche nur als Opfer von Gewalt oder als Täter/innen wahrgenommen. Gerade in den letzten Jahren stand die Gefahr der Instrumentalisierung von Jugendlichen durch gewaltbereite Gruppen und Extremisten oft im Vordergrund der Debatte.

Die Rolle von Jugendlichen in der Prävention und der Bearbeitung von Konflikten wurde dabei vernachlässigt, dabei sind Jugendliche mit oft innovativen Ansätzen wichtige Akteure in der Friedensförderung. Mit der Sicherheitsratsresolution 2250 der Vereinten Nationen wurde die positive Rolle von Jugendlichen bei der Friedensförderung formal anerkannt. In unserer Arbeit ist es deshalb wichtig, das negative Image der Rolle von Jugendlichen in Konflikten zu durchbrechen und sich ihrer Möglichkeiten in der Friedensförderung bewusster zu werden. Dazu bedarf es eines aktiven Mitdenkens und Einbindens der Potentiale von Jugendlichen.

3.2 Lessons learnt: Chancen und Risiken von Entwicklungs- und Friedensarbeit

3.2.1 Frieden muss von innen wachsen: Partner finden die Lösungen

Es sind die Menschen vor Ort, die wissen, was für sie Frieden bedeutet und was nötig ist, um ihn zu erreichen (s. a. 3.3.1). Ziel der Friedensförderung von Brot für die Welt ist daher, Analysen und Bewertungen von Menschen und Organisationen in Konfliktsituationen aufzugreifen, sie zu unterstützen, ihre eigenen Lösungsansätze und -strategien zu entwickeln und umzusetzen und in die politischen, gesellschaftlichen und fachlichen Diskussionen im eigenen Land einzubringen. Leider gelingt es noch zu selten, die Expertise und die Analyse lokaler Akteure direkt in politische Entscheidungen in Deutschland, Europa oder in Entscheidungen anderer wichtiger externer Akteure einfließen zu lassen. Umso wichtiger ist es, dass wir Partner unterstützen, die ihre Stimme erheben, ihrer Stimme wo nötig auch zusätzliches Gehör verschaffen und ihre Sichtweisen durch gezielte Lobbyarbeit in Diskurse im Parlament, Regierungen und Thinktanks einspeisen.

Frieden kann nicht von außen aufgezwungen und gestaltet werden. Bei innerstaatlichen Konflikten greifen die Konfliktregelungsmechanismen der internationalen Staatengemeinschaft ebenfalls vielfach zu kurz. Darum engagieren sich zivilgesellschaftliche Akteure und Kirchen zunehmend in lokalen Prozessen für Dialog, Aussöhnung und Konflikttransformation³⁰. Nachhaltiger Frieden muss von innen wachsen, kann aber von außen unterstützt werden. So können zum Beispiel Friedensfachkräfte für Partner einen wertvollen Beitrag leisten, indem sie ihren externen Blick einbringen und neue Fragen stellen. Die Unterstützung

muss aber jeweils die Konfliktdynamik vor Ort berücksichtigen und sich an den Zielen, Strategien, Bedarfen und Kapazitäten der Partner ausrichten. In gemeinsamen Lernprozessen interner und externer Akteure kann „Fremdheit produktiv sein“, Bedarfe spiegeln und zu einer Weiterentwicklung von Kapazitäten auf beiden Seiten beitragen.

3.2.2 Partnerschaften langfristig und verbindlich anlegen

Darüber hinaus ist es für die Partner sehr wichtig, eine langfristige und verbindliche Unterstützung zu erhalten, die, statt auf schnelle, kurzfristige Erfolge zu setzen, berücksichtigt, dass Friedensaufbau ein langwieriger Prozess ist. Die Unterstützung und Verfahren müssen zudem flexibel gestaltet werden, um den Partnern zu ermöglichen, sich an veränderte Rahmenbedingungen im dynamischen Konfliktgeschehen und danach anpassen zu können. Aus den Veränderungen im globalen Krisengeschehen (Kapitel 2) ergeben sich auch neue Fragen für unser Partnerschaftsverständnis.³¹ Gute Partnerschaft bemisst sich an Verlässlichkeit, Verbindlichkeit, Langfristigkeit und Flexibilität (nicht nur hinsichtlich der zeitlichen Gestaltung, sondern auch im Umgang mit Fördermitteln und Zielvereinbarungen). Vertrauen und Empathie sind grundlegend, ebenso wie die Fähigkeit zur Akzeptanz unterschiedlicher Realitäten. Eine Voraussetzung dafür ist die Bereitschaft, die Arbeitsweisen vor Ort und in der Geberorganisation wechselseitig nachzuvollziehen und ausreichende Zeit für Projektverantwortliche, sich in Kontexte wirklich einzuarbeiten. Um Partnerschaften konstruktiv und Friedensarbeit effektiv zu gestalten, müssen sich die gemeinsamen Aktivitäten auf konflikt-sensible Ansätze (do-no-harm-Prinzip) gründen und es müssen fortlaufend Räume für die Reflexion der Strategien und Erfahrungen geschaffen werden.

Erfolgreiche Ansätze zur nachhaltigen Transformation setzen an den lokalen Friedenspotenzialen an, ohne die Verknüpfungen mit anderen Ebenen auszublenden. Sie schließen Akteure auf allen gesellschaftlichen Ebenen ein. Entscheidend ist, dass der Prozess von den Akteuren selbst gesteuert wird und dass sie in der Projektplanung, Implementierung und Auswertung fortlaufend mit Beratungsangeboten begleitet werden. Brot für die Welt kann dazu beitragen, Partner praktisch zu unterstützen und gleichzeitig – im Rahmen der Lobbyarbeit – gemeinsam mit ihnen ihrer Stimme auf der internationalen politischen Bühne Gehör verschaffen. Das setzt voraus, dass ihre Einschätzungen auch auf der Ebene der Projektgestaltung ernstgenommen und Strategien (einschließlich Erfolgskriterien) fortlaufend gemeinsam reflektiert werden. Mit Rücksicht auf unsere

Partner und den Konfliktkontext muss auch unsere Beratungs-, Lobby- und Advocacyarbeit konfliktensibel gestaltet werden. Dazu gehört, eigenes Verhalten zu reflektieren, um Schaden zu vermeiden.

3.2.3 Eigenes Verhalten reflektieren und Schaden vermeiden

Zahlreiche Hilfsorganisationen machten in den vergangenen Dekaden die Erfahrung, dass auch Ausrüstung und Hilfsgelder von Kriegsparteien missbraucht werden, und dadurch Kriege verschärft oder verlängert werden können. Hilfsleistungen sind zumeist mit einem Transfer von Ressourcen (wie Hilfsgelder, Nahrungsmittel, Baumaterial oder medizinische Ausrüstung) verbunden. Die Gewaltparteien eignen sich oft materielle Güter an und nutzen sie für ihre Zwecke, so dass Hilfe ungewollt kriegsverlängernd wirkt. Die Bereitstellung von Ressourcen hat zudem Auswirkungen auf den lokalen Markt, da sie Löhne, Preise und Gewinne beeinflusst. Zudem können Hilfsprojekte dazu beitragen, dass bestimmte Gruppen gegenüber anderen begünstigt werden. Wenn ein Projekt nur auf eine Untergruppe innerhalb eines Konfliktes ausgerichtet ist (etwa weil diese die größte Not leidet), kann das dazu beitragen, dass zwischen Gruppen Neid und Spannungen zunehmen. Interventionen für Frieden können ebenfalls ungewollte negative Wirkungen haben (wenngleich hier in der Regel nicht annähernd so viele Ressourcen im Spiel sind).

Der Ansatz des „Do No Harm“³² ist inzwischen in zivilgesellschaftlichen wie auch in staatlichen Bereichen der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit als Methode der konfliktensiblen Projektplanung anerkannt und als Richtschnur für das Handeln in Konfliktregionen verbreitet. „Do no Harm“ wurde von den kirchlichen Hilfswerken bereits in den 90er Jahren stark unterstützt, gemeinsam mit Partnern und der Gruppe um Mary Anderson (Collaborative Development Action, CDA) weiterentwickelt und gilt seither als Richtschnur für konfliktensibles Handeln auch bei Brot für die Welt und unseren Partnern. Wollen wir Konflikte in ihren Kontexten verstehen und für eine positive Veränderung eintreten, so müssen wir die wechselseitigen Beziehungen zwischen Friedens- und Entwicklungsarbeit sowie Humanitärer Hilfe mit dem Konflikt begreifen und dieses Verständnis nutzen, um negative Auswirkungen zu vermeiden, bzw. positive Wirkungen zu verstärken. Dabei muss eine Analyse auch die Auswirkungen auf die Organisation und das Personal im Blick behalten. Sichtbare Veränderungen in der Organisation besäßen dann einen authentischen Vorbildcharakter. Gerade auch in der Advocacy-Arbeit ist dieser Ansatz im Hinblick auf den Schutz unserer Partner notwendig. Friedensaktivist/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen sind durch ihre Arbeit besonders gefährdet und mögliche Konsequenzen ihres Handelns müssen bereits in der Planung berücksichtigt werden. Auch friedensfördernde Maßnahmen sind in der Pflicht, schädliche Wirkungen zu minimieren.

4. Handlungsfelder und Schwerpunkte

4.1 Wichtige Voraussetzungen für die praktische Friedensarbeit

4.1.1 Kontexte, Akteure und Konfliktursachen verstehen

Am Beginn des Engagements in einer Krisenregion steht eine solide Analyse des Kontextes und der Akteure. Was selbstverständlich klingt, ist in der Praxis oft schwer umsetzbar. So werden wir in unserer Arbeit von Unvorhergesehenem überrascht, müssen häufiger schnell agieren und reagieren statt proaktiv tätig zu werden. Doch um effektiv arbeiten zu können und keinen Schaden anzurichten, müssen wir den Kontext, die Akteure und Beziehungen genau verstehen. Eine Kontext- und Konfliktanalyse sollte nicht

als einmaliger Vorgang in der Projektplanung, sondern als fortlaufender Prozess gestaltet werden. Das bedeutet u. a. auch wiederholte Schulungen für Mitarbeitende zur Vertiefung der Methoden bzw., um mit Fluktuationen umzugehen. Über die eigene subjektive Wahrnehmung hinaus bedarf es einer rigorosen, systematischen und methodisch untermauerten Untersuchung zur Einordnung und Bewertung der Erkenntnisse und zur Abwägung von Handlungsoptionen. Da Maßnahmen der Friedensarbeit Eingriffe in sensible Kontexte sind, die tiefgreifende Auswirkungen auf gesellschaftliche Beziehungen und Gefüge haben, und Konflikte häufig sehr schnell eigene Dynamiken entwickeln, müssen Analysen fortlaufend überprüft und angepasst werden. Nur so können Veränderungen im Projektzusammenhang und im übergreifenden gesellschaftlichen und politischen Kontext erfasst und gegebenenfalls

Handlungsoptionen neu entwickelt werden. Eine gute Analyse setzt beim Betrachtenden die Bereitschaft und die Fähigkeit voraus, sich der eigenen (Vor) Urteile und Denkschablonen bewusst zu sein und diese immer wieder zu hinterfragen. Es ist wichtig, eine Situation unter Beteiligung von Männern und Frauen möglichst aller Parteien zu analysieren. Lokale Akteure können am besten einschätzen, wer am Konflikt beteiligt ist und welche Ursachen und Faktoren dafür verantwortlich sind. Brot für die Welt kann sie darin unterstützen, sich zu vernetzen und mit anderen Akteuren, die ähnliche Erfahrungen machen, ins Gespräch zu kommen, um eigene Wahrnehmungen zu hinterfragen.

4.1.2 Konfliktsensible flexible Planung und realistische Wirkungsanalyse

Konfliktsensibilität ist ein Grundanliegen für jegliches Handeln in allen Sektoren der Entwicklungszusammenarbeit. Es betrifft einerseits die Partner, deren Programme konfliktsensibel ausgerichtet sein sollten. Vielfach haben sie bereits erfolgreich mit dem Do no Harm-Ansatz gearbeitet und ihn an den spezifischen Kontext angepaßt. Langfristige Unterstützung und Vernetzung hierzu sollte fortgeführt und bei Bedarf durch entsprechende Aus- und Fortbildungsangebote, aber auch durch Lernorte und Weiterentwicklung der Methoden und Ansätze angeboten werden. Die Unterstützung für die Partner konfliktsensibel zu gestalten ist andererseits eine wichtige Voraussetzung von Friedensarbeit und eine kontinuierliche Herausforderung auch für die Entwicklungsarbeit von Brot für die Welt und die humanitäre Hilfe der Diakonie Katastrophenhilfe. Entsprechend sollte ein fortlaufender Konsultations- und Reflexionsprozess über das eigene Friedenshandeln gewährleistet werden. Das bedeutet, dass Mitarbeitende von Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe sowie Fachkräfte regelmäßig in Fortbildungen und Partnerdialogen auf diese Anforderungen vorbereitet werden, um die Friedensarbeit mit Partnern in Konfliktregionen gezielt und kontinuierlich weiter zu entwickeln.

Gleichzeitig müssen Methoden der Wirkungsanalyse den Realitäten der Partner angepasst werden. Dabei erweisen sich schematische Vorgaben zur Wirkungserfassung häufig als wenig hilfreich. Wirkungen im Engagement für den Frieden und in der Verhinderung gewaltsamer Auseinandersetzungen lassen sich selten eindeutig und ausschließlich den eigenen Aktivitäten zuordnen und auch nicht mit starren Indikatoren erfassen. Zu komplex sind die Prozesse in und nach Konflikten, um hier die Wirkungen des eigenen Handelns mit dem Nichtausbrechen von (erneuter) Gewalt in direkten Zusammenhang bringen zu können. Sehr wohl

aber reflektieren unsere Partner ihre Arbeit im Engagement für den Frieden und tragen Wissen aus der langjährigen Beobachtung des Kontextes und der Wirkungen ihrer Arbeit zusammen³³.

Flexibilität in der Planung ist notwendig. Wichtig ist ferner, Erfolgsindikatoren mit den Partnern gemeinsam zu erarbeiten und ihnen Strategieanpassungen an veränderte Kontexte zu ermöglichen, sie zu ermutigen, das eigene Handeln kontinuierlich zu reflektieren, neue Ansätze und Handlungsoptionen zu erkennen und gleichzeitig auch Fehler offenzulegen. Für Partner in Konfliktregionen ist eine solche vertrauensvolle Zusammenarbeit unverzichtbar, die sich an ihren Kompetenzen und Stärken orientiert und die sie entsprechend unterstützt, wenn ihr Handlungsspielraum eingegrenzt wird. Flexibilität ist nötig, weil Friedensprozesse selten linear, sondern in Wellenbewegungen und manchmal auch in Rückwärtsschleifen verlaufen, so dass NRO in ihren Zielsetzungen und Strategien immer wieder auf veränderte Kontexte reagieren müssen. Projekte müssen daher so angelegt werden, dass Partner sich an die jeweiligen Gegebenheiten flexibel anpassen können. In Kriegs- und Transformationsgesellschaften ergeben sich zusätzliche und besondere Anforderungen, weil sich das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft oft sehr spannungsgeladet, zivilgesellschaftliche Akteure hier durch die staatlichen Repressionen und Taktiken vielfach vereinzelt und isoliert werden. Daher müssen sichere Räume für einen Erfahrungsaustausch und gemeinsames Lernen geschaffen werden.

4.2 Handlungsfelder

4.2.1 Zivilgesellschaftliche Friedenskräfte stärken

Lokale Friedensakteure können nicht nur präventiv wirken sondern auch in eskalierten Situationen Brücken bauen, vermitteln, Vertrauen schaffen und Räume für den Dialog über verfeindete Lager hinweg offenhalten. Das versuchen sie selbst in Situationen größter Unsicherheit und dramatischer Umbrüche. Dafür bedarf es in hohem Maße der Fähigkeit zur selbstkritischen Reflexion der eigenen Rolle und Wirkung in Konflikten. Zentrales Anliegen und bewährte Praxis von Brot für die Welt ist es, solche lokalen Friedensakteure/unsere Partnerorganisationen im Globalen Süden zu stärken, ihnen auf internationaler Ebene Gehör zu verschaffen und durch Lobbyarbeit darauf hinzuwirken, dass ihre Handlungsspielräume vor allem für die Friedens- und Menschenrechtsarbeit gewahrt und erweitert werden.

Wenngleich die Gesamtbilanz für zivilgesellschaftliche Akteure derzeit ernüchternd ist (shrinking space)³⁴, so gibt es doch sehr große Unterschiede in der Dynamik. Berichte unserer Partner zeigen, dass man fortlaufend und sehr sorgfältig prüfen muss, wie sich die Situation in einzelnen Ländern tatsächlich entwickelt und welche Anpassungsstrategien zivilgesellschaftliche Akteure jeweils entwickelt haben, um in ihrer Arbeit fortzufahren. Eine zentrale Herausforderung liegt darin, auch unter schwierigen Bedingungen Handlungsspielräume zu erkennen und zu nutzen. Voraussetzung dafür sind eine umfassende Kenntnis der Partnerländer sowie gute Sensoren für die politische Situation und das sich verändernde Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Hier sind wir gefordert, uns kontinuierlich im direkten Kontakt mit den Partnern ein Bild von deren Arbeitsrealität zu verschaffen. Je prekärer die Situation, desto wichtiger werden Besuche und persönliche Gespräche, erst recht, wenn Absprachen über elektronische Kanäle zu gefährlich werden. Ferner reagieren wir auf die Bedrohung von lokalen Partnern auch in unserer Lobbyarbeit. Instrumente wie der Notfallfonds für bedrohte Menschenrechtsverteidiger/innen sowie das Flüchtlings- und weitere Stipendienprogramme für unter Druck geratene Aktivist/innen sind ein wichtiger Bestandteil der Unterstützung von außen, die Brot für die Welt eingerichtet hat und in zunehmendem Maße nutzen muss, um Verfolgte und in Not geratene Partner aus verschiedenen Ländern zu unterstützen.

Nicht immer agieren lokale Partner genau so, wie es unseren eigenen Vorstellungen von organisierter Friedensarbeit entspricht. Noch wird zu wenig beachtet, dass auch sie und/oder ihre Familien Teil der Konfliktodynamik sind bzw. werden können, und sie häufig genauso traumatisiert sind wie ihre Zielgruppen. Signifikanter sozialer Wandel geschieht zudem oft jenseits der professionellen NRO Arbeit. Neue soziale Bewegungen, einzelne herausragende Persönlichkeiten, Jugendbewegungen oder auch einzelne Gemeinden können Akteure des Wandels sein. Friedensförderung beinhaltet für uns die Unterstützung der gesellschaftlichen Initiativen „von unten“, die Suche nach Bündnispartnern auf politischer Ebene und das gemeinsame Engagement für verantwortliche Politik auf internationaler Ebene. Unsere Erfahrung zeigt, dass die nachhaltige Transformation von Konflikten vor allem dort gelingt, wo lokale Friedenspotentiale gestärkt werden, ohne die Verknüpfung mit anderen Ebenen zu vergessen.

Zivilgesellschaftliche Akteure sind ganz wesentlich auf einen funktionierenden „Staat“ als Garant von Rechtssicherheit und menschenrechtlichen Normen angewiesen. Aber eben diese Rahmenbedingungen sind oft nicht gegeben. In

zahlreichen Partnerländern werden staatliche Einrichtungen vor allem als Repressionsorgane und Gefahr wahrgenommen. Teilweise, wie etwa in einigen lateinamerikanischen Ländern, sind staatliche Stellen eng verwoben mit Drogenhandel, organisierter Kriminalität, Militär und/oder paramilitärischen Gruppen. Entsprechend ist das Verhältnis zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Akteuren stark belastet, Menschenrechtsaktivist/innen arbeiten unter Lebensgefahr. Eine Brücke zu staatlichen Stellen im Sinne von staatlich-zivilgesellschaftlichem Vertrauensaufbau ist hier kaum möglich, wohingegen nationaler und internationaler Vernetzung und Lobby-, Menschenrechts- und Aufklärungsarbeit besondere Bedeutung zukommt. Die Notwendigkeit der engen Verknüpfung zwischen Menschenrechts- und Friedensarbeit tritt hier deutlich zutage. In vielen Kontexten bestehen neben dem „Staat“ aber auch traditionelle Führungsstrukturen (z. B. afrikanische Chiefs, Ältestenräte, Strukturen indigener Gemeinschaften). Selbst wenn auch diese häufig nicht korruptionsfrei agieren, verfügen sie aber dennoch häufig über Legitimität und Autorität. So hängen etwa die Verteilung und Nutzung von Land und die Bearbeitung von Landkonflikten in den meisten Kontexten von den traditionellen Systemen und Rechtsauffassungen ab. Diese traditionellen Systeme und ihre jeweilige Legitimation müssen unbedingt berücksichtigt werden.

Der Förderung von Teilhabe und politischer Mitbestimmung kommt eine besondere Bedeutung auch in der Friedensarbeit zu. Jedoch zeigen viele Beispiele (wie Myanmar Kenia oder Sudan), dass Wahlen alleine keinen Ausgleich bringen und gerechten Frieden sichern. Ein Automatismus ist auch hier nicht gegeben. Dafür braucht es ein sehr langfristiges und breit angelegtes Engagement zur Umsetzung demokratischer Prinzipien und rechtsstaatlicher Strukturen, Entwicklung inklusiver Mechanismen für soziale Dienstleistungen sowie Sicherung von Handlungsspielräumen für lokale Friedensakteure. Vernetzung der Partner und Engagement auf nationaler und internationaler Ebene und mit anderen Partnern aus dem politischen Spektrum sind hier wichtig für den Erfolg ebenso so wie für den Schutz der Akteure und müssen unterstützt werden.

An Grenzen stößt die lokale Friedensarbeit dort, wo wirtschaftliche und politische Interessen, die weit über den lokalen Konflikt hinausgehen, einer Konfliktbearbeitung im Wege stehen oder den Konflikt absichtlich verlängern. Auch hier kommt der Vernetzung und der gemeinsamen Arbeit an diesen destruktiven Strukturen und Interessen jenseits der lokalen Ebene (z. B. durch Lobby- und Kampagnenarbeit auf internationaler Ebene) eine besondere Bedeutung zu. Grenzen im Umgang mit Konflikten treten aber

auch dort auf, wo lokale Partner Repressalien befürchten müssen, sie selbst durch Gewalterfahrungen traumatisiert sind oder wo es keine ausreichenden personellen oder finanziellen Ressourcen gibt, um eine echte Veränderung herbeizuführen. Hier kommt uns als „förderndes Werk“ eine besondere Rolle zu: in der Fürsorge und dem Schutz unserer Partner wie auch in der Bereitstellung von Ressourcen für eine langfristige Unterstützung.

4.2.2 Den Gender-Blick in der Friedensförderung schärfen

Für den von Brot für die Welt verfolgten Ansatz der Konflikttransformation sind Gender-Gerechtigkeit und Gender-Bewusstsein wichtige Orientierungspunkte. Ein zentrales Handlungsfeld besteht in der Stärkung von Partnerorganisationen, die sich um die Überwindung von Ungerechtigkeit im Geschlechterverhältnis bemühen und Genderkonstruktionen in Frage stellen, die konflikthafte Strukturen unterstützen. Genderkonstruktionen sind kulturell und religiös geprägt; auch die Formen der sozialen Teilhabe werden vom sozio-kulturellen Kontext bestimmt. Männer und Frauen sind in Gewaltstrukturen in verschiedenen Rollen eingebunden und erleben diese sowohl als gewaltausübende und als auch als Gewalt erleidende Akteur/in. Genderkonstruktionen und -stereotype beeinflussen die Dynamik von Gewaltkonflikten und müssen auch in Strategien zu deren Überwindung beachtet werden. Ebenso muss Genderanalyse neben weiblichen auch männliche Rollenmuster und -konstruktionen in den Blick nehmen, die Gewalt begünstigen. Um gewaltfördernden Strukturen und Rollenkonstruktionen entgegenzuwirken, muss sich Friedensarbeit (z. B. mit Hilfe von Pädagogik, psychosozialen Angeboten und mit Unterstützung von entwicklungspolitischen Ansätzen) auf die Veränderungen von Wahrnehmungen und Verhalten von Männern und Frauen gleichermaßen richten. Traditionell männlich konnotierte Vorstellungen (Macht, Intoleranz etc.) spielen beispielsweise in der Demobilisierung und Ausstiegsbereitschaft von Kämpfern eine Rolle, da ihnen damit automatisch weiblich konnotierte Eigenschaften (wie Empathie, Fürsorge, etc.) abverlangt werden. Auch der Schutz von LGBT-Aktivist/innen und Menschen, die sich nicht in den klassischen Genderkonstruktionen wiederfinden, bildet in einigen Partnerländern eine große Herausforderung. Um die vielfältigen Dimensionen zu erfassen, muss Genderanalyse als Teil einer Kontext-, bzw. Konflikt- und Akteursanalyse verstanden und in der Projektplanung berücksichtigt werden.

Genderanalyse nimmt auch Machtasymmetrien auf allen Ebenen einer Gesellschaft in den Blick. Dabei ermöglicht

eine Genderperspektive, Akteurinnen und Akteure in einem Konfliktkontext bewusster und differenzierter wahrzunehmen. Je stärker eine Gesellschaft Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern schafft, desto besser ist sie auch befähigt, nachhaltigen Frieden zu fördern. Dabei ist zu bedenken, dass auch das Aufbrechen von traditionellen Geschlechterrollen konflikteskalierende Wirkungen nach sich ziehen kann. Es ist zu beobachten, dass sich gerade im Zuge von Gewaltkonflikten neue Geschlechterrollen ausbilden können, wobei Frauen keineswegs nur als „Opfer“, sondern auch in ihren aktiven Rollen gesehen werden müssen; zeitweilig erfahren manche sogar einen Zugewinn an aktiven Funktionen. Bei Maßnahmen zur Stärkung benachteiligter Gruppen sowie bei der Entwicklung von Strategien und Institutionen konstruktiver Konfliktaustragung bedarf es einer großen Sensibilität für Gender-Rollen und die Dynamik ihrer Veränderung. Es muss sorgfältig geprüft werden, wer über welchen Einfluss in der Gemeinschaft verfügt, wenn man von außen auf Friedensprozesse einwirken möchte.

In der VN-Resolution 1325 wird ausdrücklich eine stärkere Beteiligung von Frauen auch an Friedensprozessen und offiziellen Verhandlungen gefordert.³⁵ Viele Partner, die in Gewaltkontexten arbeiten, müssen zudem mit dem Problem kriegsbedingter sexualisierter Gewalt umgehen. Auch dazu wurden auf VN-Ebene Resolutionen (z. B. Res. 1820 und 2242) verfasst.³⁶ Verschiedene Partnerorganisationen arbeiten auf nationaler und internationaler Ebene an der Umsetzung dieser Resolutionen und werden von Brot für die Welt darin unterstützt. Auch in der Lobby- und Advocacyarbeit spielen diese VN-Resolutionen in Verbindung mit friedenspolitischen Anliegen eine wichtige und konstante Rolle.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass es jenseits der akuten Kriegs- und Nachkriegsphasen auch in Friedensphasen ein Gewaltkontinuum in den Gesellschaften gibt, das sich in häuslicher und sexualisierter Gewalt ausdrückt. Um Gewalt entgegen zu wirken, engagieren sich viele unserer Partner in Konfliktkontexten aber auch jenseits von Krisenzeiten in diesen Themenfeldern und wirken damit präventiv.

4.2.3 Glaubensbasierte Akteure und ihr Friedenspotential stärken

Brot für die Welt kooperiert global sowohl mit Kirchen und kirchennahen Organisationen, als auch mit Einrichtungen anderer Glaubensrichtungen. Viele von ihnen arbeiten in und mit einem zunehmend religiös aufgeladenen Umfeld und Gewaltkontexten und stellen sich die Frage nach der

Wirkung ihrer Friedensarbeit. Kirchliche Entwicklungszusammenarbeit muss sich daher mit den eskalierenden und de-eskalierenden Wirkungen von Religionen und religiösen Akteuren systematisch auseinandersetzen. Vielfach unterhalten Kirchen und Glaubensgemeinschaften enge Beziehungen zur Bevölkerung auch in entlegenen Regionen bzw sind selbst Teil davon. Viele genießen eine positive Reputation in ihren Gesellschaften und manchmal können sie auch Zugänge zu höchsten politischen Entscheidungsträger/innen eröffnen. Damit tragen sie eine hohe Verantwortung und sollten diesen Einfluss proaktiv für die aktive Friedensförderung nutzen und sich aktiv mit anderen Friedensakteuren vernetzen.

Manche Geistliche werden zu Verteidigern der Angegriffenen, andere wiederum zu Friedensförderern oder sie übernehmen Funktionen des Mediators. Andere engagieren sich in Prozessen der Versöhnung, Heilung und Aufarbeitung (z. B. durch Traumabearbeitung, Seelsorge) und Rettung von Verfolgten (z. B. Aufnahme von Flüchtlingen).

Partner beschreiben, dass die lokalen Glaubensgemeinschaften Kapazitätsaufbau für Friedensförderung in Form von intra-religiösem Dialog verfolgen, um konfliktverschärfende Statements und Handlungen zu verhindern und Haltungen zu verändern. Es soll dabei weniger auf geistige Erneuerung gesetzt als vielmehr zu positiven Veränderungen im Verhalten beigetragen werden. Darüber hinaus sei wichtig hervorzuheben, dass es für ihre Friedensarbeit auf die kleinen Dinge des alltäglichen Lebens ankommt, die für die Betroffenen in den Konfliktregionen das Überleben sichern. Kleine, auch sicht- und spürbare Veränderungen an der Basis bilden die Grundlage für Hoffnung und Vertrauen und damit für den Aufbau in Richtung eines gerechten Friedens. Brot für die Welt unterstützt Partner, die sich dem ökumenischen Pilgerweg für Gerechtigkeit und Frieden³⁷ anschließen und sich auf den Weg zu einer ‚Kirche des gerechten Friedens‘ machen.

4.2.4 Identitätskonflikte berücksichtigen und der Instrumentalisierung von Religion vorbeugen

In zahlreichen Gewaltkonflikten, deren Ursachen in der Regel auf vielschichtige ökonomische und politische Strukturen und Prozesse zurückgeführt werden können, greifen politische Mandats- und Entscheidungsträger/innen auf religiöse, ethnische oder kulturelle Unterschiede zurück, um Menschen gegeneinander auszuspielen oder Gewalt zu legitimieren. Sowohl für die Prävention von Gewalt eskalation als auch für die Aussöhnung kriegszerstörter

Gesellschaften ist es unabdingbar, diese Muster zu verstehen, um deren Dynamik und Folgen für die Friedensarbeit zu berücksichtigen und richtig einordnen zu können.

Seit dem Erstarben von Al-Qaida, IS und Boko Haram wird in der öffentlichen Wahrnehmung religiöse Überzeugung häufig mit Terror, Radikalismus und Gewalt verknüpft. Das lässt Religion in einem besonders hohen Maß als Quelle von Konflikten erscheinen. Die Realität sieht allerdings in manchen Kontexten anders aus und daran gilt es weiter zu arbeiten: In 2015 analysierten kirchliche Partner³⁸ aus Indien, Nigeria, Liberia, Kenia und Nepal, vor welchen Hintergründen die Gewalt entstand, über die vielfach vordergründig als rein religiös motivierte Gewalt berichtet wird. Aus ihrer Sicht ist in ihren Kontexten die religiöse Dimension nicht als zentrale Ursache von Konflikten, sondern eher als verstärkendes Element zu bewerten. Die Rolle der glaubensbasierten Akteure in solchen Konflikten kann changieren zwischen Konfliktpartei und Propaganda (z. B. durch konfliktverschärfende statements) bis hin zur Zielscheibe (z. B. durch gezielte Angriffe und Attentate auf christliche Gemeinden, gezielte Ermordung moderater muslimischer Führungspersönlichkeiten). Wachsende soziale Ungleichheit und die damit einhergehenden Zerstörung des sozialen Zusammenhalts in vielen Gesellschaften, Ressourcen- und Machtkonflikte nehmen zu und Religion kann hier sowohl friedensfördernden als auch konfliktverschärfenden Einfluss haben. Friedensorientierte Entwicklungsarbeit muss gemeinsame Strategien entwickeln, um Widerstandskräfte/Resilienz³⁹ gegen Manipulation zu stärken und der Instrumentalisierung von Religion als Begründung für politischen Extremismus und Gewaltexzesse entgegenzuwirken. Es bedarf also einer ‚Instrumentalisierungsprophylaxe‘⁴⁰, die das religiöse Bewusstsein der Gläubigen für die Bedeutung ihrer eigenen Überlieferungen schärft und gegen vermeintliche ‚einfache Wahrheiten‘ immunisiert. Dazu gehören Bildungsmaßnahmen, die Menschen Kenntnisse über den eigenen Glauben vermitteln, Initiativen für religiöse Toleranz und Dialog, und die öffentliche Kommunikation über Religion, so dass militante Parolen und Versuche, Religion als Konfliktressource zu nutzen, erkannt und zurückgewiesen werden. In diesem Sinne forderte auch die ‚Konferenz Diakonie und Entwicklung‘ in einer Erklärung zur ‚religiösen Vielfalt‘ (Oktober 2015), ‚differenzierte Einzelanalysen‘, um das Potential von religiösen Akteuren in Gewaltkonflikten zu verstehen und ihre Widerstandskraft gegen Gewaltmobilisierung zu erhöhen. Außerdem müsse mehr dafür getan werden, Partner, die sich in der Friedensarbeit engagieren und selbst Ziel von Gewaltakteuren werden, zu schützen.⁴¹

4.2.5 Versöhnung: Vergangenheitsarbeit und Konflikttransformation stärken

In sogenannten Nachkriegskontexten engagiert sich eine Vielzahl unserer Partner in der Versöhnungs- und Vergangenheitsarbeit. Will man Nachkriegsgesellschaften vor einem Rückfall in Gewalt bewahren, sind Formen der Bearbeitung gewaltsamer Vergangenheit erforderlich, die forensische, faktenbezogene, narrative und dialogische Formen der „Wahrheitsfindung“ und juristische Formen der Rechenschaftspflicht miteinander in Beziehung setzen. Zudem müssen Prozesse der Heilung und Aussöhnung wie auch Reformen von Institutionen unterstützt werden. Die Aufarbeitung von vergangener Gewalt ist dabei nicht nur ein wichtiger Bestandteil der Konfliktnachsorge, sondern auch erforderlich, um Konfliktursachen auf die Spur zu kommen und die Transformation von Konflikten durch die Beteiligten zu unterstützen. Es geht dabei sowohl darum, vergangenes Unrecht aufzudecken, für die Opfer und ihre Anerkennung, Bestrafung der Täter/Täterinnen und gegen Straffreiheit einzutreten, als auch darum, Vertrauen zu schaffen und soziale Beziehungen neu aufzubauen. Es geht um die Bearbeitung von gesellschaftlichen und individuellen Traumata, um gesundheitliche wie psychosoziale Dienste und um Vergangenheitsbewältigung durch Erinnerungsarbeit, Übernahme politischer Verantwortung und schließlich auch um die Bereitstellung von materiellen und immateriellen Kompensationen. Friedensprozesse, die langfristige Vertrauensbildung und einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ anstreben, müssen dem Leiden der Opfer und ihrer Angehörigen Rechnung tragen und gleichzeitig eine Reintegration der ehemaligen Kämpfer/innen bewerkstelligen. Eine weitere zentrale Herausforderung besteht darin, die Reform von Institutionen zu ermöglichen, um eine Wiederholung zu vermeiden.

Zahlreiche unserer Partnerorganisationen sind in der Aufarbeitung der Vergangenheit tätig, arbeiten mit Opfern und treten für einen Opfer-Täter-Ausgleich ein. In vielen Fällen werden psycho-soziale Ansätze und Traumaarbeit verbunden mit Gesundheits-, Bildungs- und Einkommenschaffenden Maßnahmen, um den Opfern wieder eine Lebensperspektive zu ermöglichen. Vielfach sind Opfer gleichzeitig Intern Vertriebene und/oder Flüchtlinge, so dass eine Integrationsarbeit sowie Lobby- und Advocacyarbeit für ihre Rechte damit verbunden wird.

Gleichzeitig haben etliche Partnerorganisationen erkannt, dass die Kategorisierung in Opfer und Täter/innen vielfach nicht trennscharf ist. So sind etwa zu Waffengewalt ge-

zwungene und erpresste Kinder gleichermaßen Täter/innen wie Opfer. Kriegsverbrechen und Gewalt werden fast immer auf beiden Seiten des Konfliktes ausgeübt, so dass eine einfache Unterteilung in Täter/innen und Opfer kaum gelingen kann. Ferner sind Krieg und Gewalt nicht einmalige und lineare Ereignisse, sondern wiederholen sich oft innerhalb kurzer Zeit. Vergangenheitsarbeit ist an der Aufklärung dieser Vielschichtigkeit gelegen, um eine Grundlage zu schaffen, die langfristig auf Versöhnungsarbeit hinauslaufen kann. Die Partnerorganisationen nutzen u. a. auch Formate des Dialogs, um gegenseitige Stereotype abzubauen, Kenntnisse über die andere Religion zu erweitern und Manipulierbarkeit aufgrund religiöser Argumente vorzubauen. Allerdings gibt es auch Enttäuschungen über die Reichweite. Eine besondere Herausforderung liegt darin, die Chancen und Grenzen solcher Dialogprogramme zu erkennen (siehe dazu Abschnitt 4.3.4.) und diese als Teil der Friedensarbeit und -prozesse zu verstehen und entsprechend anzulegen.

4.2.6 Natürliche Ressourcen und Schutz von Landrechten in die Friedensförderung einbeziehen

Die Nutzung von Land und der damit in Verbindung stehenden Ressourcen spielt weltweit für eine große Mehrheit der Bevölkerung eine lebenserhaltende Rolle. Fast überall ist der Besitz von Land, Wasser und Wald mit einer hohen sozio-ökonomischen Position und häufig auch mit politischem Einfluss innerhalb der lokalen Gemeinschaft verbunden. Zugang zu Land und Ressourcen hat zusätzlich auch einen sozio-kulturellen, in einigen Gesellschaften auch spirituellen Wert. Durch diese vielschichtigen Bedeutungen von Land und damit verbundener natürlicher Ressourcen und ihrer begrenzten Verfügbarkeit ist ein wichtiger Konfliktgegenstand, hat aber gleichzeitig aufgrund seiner besonderen Bedeutung eine hohe Relevanz im Bereich der Friedensförderung.

Eine Vielzahl von Partnerorganisationen befasst sich mit der Bearbeitung dieser Konflikte und ihrer Transformation. Dabei geht es vielfach um die Landrechte für die lokalen Landnutzenden, indigene und andere benachteiligte Gruppen und für Frauen sowie die Sicherung ihres Zugangs zu Land, zu den damit verbundenen Ressourcen wie Wasser, Holz, Früchte, Kräuter, Fischgründe und Wälder, die für ihren Lebensunterhalt unverzichtbar sind. Dialoge mit allen Konfliktakteuren sind hier ein wichtiges Instrument (s. a. 4.3.2 und 4.3.3). Ein besonders konflikterschürender Faktor ist die in den vergangenen Jahren weltweit rasant gestiegene Zunahme an Investitionen in Land sowie Landraub

(„Land Grabbing“). Vielfach ist diese Landvergabe illegal, verbunden mit Korruption und Vetternwirtschaft. In manchen Ländern entspricht die Vergabe von Land aber auch der nationalen Entwicklungsstrategie, die auf schnelles Wirtschaftswachstum und industrielle Agrarproduktion setzt. Benachteiligt ist oft die ländliche Bevölkerung, darunter besonders Frauen sowie indigene Gruppen, deren Rechte nicht respektiert werden. Landraub ist ferner eine Fluchtursache und Grund für erzwungene Migration.

Gemeinsam mit unseren Partnern untersuchen und dokumentieren wir Fälle von Landraub und dessen Auswirkungen⁴², unterstützen zivilgesellschaftliches Engagement und Vernetzungen unserer Partner sowie deren Lobbyarbeit für Landrechte und Frieden. Da Landrechtsaktivist/innen in besonderem Maße gefährdet sind, sind auch hier ein konfliktsensibles Vorgehen, die Einhaltung von Sicherheitsmaßnahmen und der Schutz besonders wichtig.

4.2.7 Räume für Globales Lernen und Friedenspädagogik schaffen

„Globales Lernen“ und Friedenspädagogik können dazu beitragen, dass Menschen Friedens- und Konfliktfähigkeiten entwickeln und in Friedenshandeln umsetzen. Dies ist in Deutschland so wichtig wie in den Partnerländern. „Globales Lernen“ soll Menschen befähigen, zukunftsorientierte Entscheidungen in einer globalisierten Welt zu treffen, sich mit unterschiedlichen Perspektiven auseinander zu setzen und ihre eigene Lebenswelt mit derjenigen von Menschen anderer Kulturen in Verbindung zu setzen. Es geht darum, Lernprozesse anzuregen, die Menschen motivieren, sich für eine sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und friedliche Welt einzusetzen. Friedenspädagogik wiederum ist ein ganzheitliches Konzept, mit dem Ziel, Friedenskompetenz (Ich-Stärke und Empathiefähigkeit) zu vermitteln, Friedensfähigkeit (soziale Kompetenz) zu entwickeln und zum Friedenshandeln anzuregen. Inzwischen wurden Bezüge zwischen friedenspädagogischer Arbeit im Globalen Süden wie auch im Globalen Norden geschaffen, um zu lernen, wie man mit Konflikten konstruktiv umgehen kann. Gleichzeitig möchte Friedenspädagogik einen Beitrag zur Etablierung einer Kultur des Friedens leisten, sowohl in den jeweiligen Gesellschaften als auch weltweit. Wie Workshops und Lernwerkstätten von Brot für die Welt mit Partnern zeigen, braucht es Zeit und Raum sowie Ressourcen, um gemeinsam und aus den Erfahrungen anderer zu lernen und Friedensarbeit vor dem Hintergrund steigender und komplexer werdender Herausforderungen zu reflektieren. Partnerkonsultationen, die Teilnahme an internationalen Konfe-

renzen und die Organisation von internationalen Lernwerkstätten und Trainings tragen darüber hinaus dazu bei, dass sich Partner, die zumeist unter extremen Bedingungen arbeiten, erholen und neue Kraft schöpfen können⁴³ (s. a. 3.2.2 und 4.2.1). Ihnen wird so die Möglichkeit eröffnet, die eigenen Perspektiven um die Perspektiven anderer zu erweitern. Erfahrungen können ausgetauscht und die eigene Arbeit kann mit der Anderer vernetzt werden. Gleichzeitig wird dies als Zeichen von Solidarität miteinander und über die Partnernetzwerke hinweg verstanden und stärkt die Partner. Eine wenigstens zeitweilige Abwesenheit von konkreter Bedrohung und Gewalt während der Maßnahmen ist für Personen, die in akuten Gewaltkontexten leben und arbeiten und/oder die persönlich und mit ihren Familien bedroht werden, eine wichtige Hilfe, kann der Selbstfürsorge dienlich sein und Möglichkeiten für Traumabearbeitung und Stressabbau beinhalten.

4.2.8 Lobbyarbeit für das Primat des Zivilen und kohärente Friedenspolitik betreiben

Wir wollen durch Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit Friedensanliegen unserer lokalen Partner unterstützen und in ihren Kontexten zu positiven Veränderungen beitragen. Darüber hinaus wollen wir Bewusstsein für Friedenspolitik schaffen und auf die Zusammenhänge unserer eigenen Lebensweise und die Anteile deutscher oder europäischer Politik an den Ursachen für Ungerechtigkeiten und Gewaltkonflikte weltweit aufmerksam machen. Das Beispiel verfehlter deutscher Rüstungsexportpolitik zeigt deutlich unsere eigene Verflochtenheit und Mitverantwortung für die gewaltsame Eskalation von Konflikten weltweit. Diese Mitverantwortung an Ursachen für Konflikt und Gewalt wollen wir bewusst machen und einen Beitrag zum Abbau dieser Ursachen zu leisten. Nur so können wir in der praktischen Friedensarbeit mit unseren Partnern Glaubwürdigkeit beanspruchen. Zudem wollen wir durch Lobby- und Advocacyarbeit an der Veränderung von ungerechten Strukturen mitarbeiten. Dafür nutzen wir unter anderem unsere Homepage, auf der wir über Blogbeiträge über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Friedensförderung berichten. Auch unsere Publikationen, die sich an eine Fachöffentlichkeit (einschließlich nationale und internationale Partnernetzwerke), aber auch an interessierte Leser/innen aus der kirchlichen und säkularen Friedensbewegung richten, tragen zur Aufklärung über friedenspolitische Herausforderungen bei. Über diese Kanäle ist es uns in den vergangenen Jahren gelungen, inhaltlich auf Diskurse zur Erstellung neuer Leitlinien der Bundesregierung für Krisenprävention

und Friedensförderung, die 2017 vom Bundeskabinett verabschiedet wurden⁴⁴, sowie auf die Dynamik der EU-Entwicklungs- und Sicherheitspolitik Einfluss zu nehmen. Zudem konnten wir das Verständnis für diese friedenspolitischen Themen auch in den den Gemeinden und kirchennahen Basisorganisationen erweitern. Zudem ist es gelungen, den Einschätzungen von Partnern zu diesen Themen Gehör zu verschaffen, etwa im Dialog mit politischen Akteuren auf den Kirchentagen, in Fachgesprächen und Workshops.

Die Mitarbeit in Netzwerken vergrößert die Chancen, langfristig gestaltend auf Politik und die Entwicklung ziviler Instrumente einzuwirken. In Deutschland arbeitet Brot für die Welt eng mit den kirchlichen Partnern und dem EKD-Friedensbeauftragten zusammen und engagiert sich seit seiner Gründung kontinuierlich in der Konferenz für Friedensarbeit der EKD, sowie in deren Arbeitsausschuss. Innerhalb der GKKE ist Brot für die Welt aktiv in der Rüstungsexport-AG sowie in der Fachgruppe ‚Kirchen in Afrika‘. Darüber hinaus setzen wir uns mit Partnernetzwerken wie der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, dem Konsortium Ziviler Friedensdienst, dem Forum Menschenrechte oder dem Verband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (VENRO) für eine Politik der Zivilen Konfliktbearbeitung ein. Seit mehr als 15 Jahren arbeiten wir darüber hinaus in der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) kontinuierlich mit. FriEnt ist ein Zusammenschluss von staatlichen Organisationen, kirchlichen Hilfswerken, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und politischen Stiftungen. Ziel von FriEnt ist es, Kompetenzen zu bündeln, Vernetzung und Kooperation zu fördern sowie zu einer konfliktsensiblen Entwicklungszusammenarbeit beizutragen. Gemeinsam wollen wir in der Arbeitsgemeinschaft für die vielfältigen Ansätze und Potentiale entwicklungspolitischer Friedensarbeit in Politik und Öffentlichkeit werben. Brot für die Welt versteht sich als integraler Teil globaler Netzwerke, arbeitet aktiv an der Bildung von Allianzen mit und geht diese auch selbst ein. Brot für die Welt fördert finanziell gezielt und flexibel die Arbeit von Netzwerken sowie Globales Lernen auf allen Ebenen der aktiven Friedensarbeit vor Ort, der Entwicklungsprogramme sowie auch der entsprechenden Lobby- und Advocacyarbeit national wie international.

Außerdem beteiligt sich Brot für die Welt aktiv zusammen mit anderen NRO an Dialogforen zwischen NRO, Wissenschaft und Ministerien. Zusammen mit Mitgliedsorganisationen der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung und der AG FriEnt haben wir auf nationale Diskurse eingewirkt und Positionen von Brot für die Welt verankern können (z. B. im

Rahmen des Review-Prozesses 2015 und des PeaceLab 2016-Prozesses).

Auch hat sich die Mitarbeit (direkt wie auch über die gemeinsamen Strukturen der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung GKKE) im zivilgesellschaftlichen Beirat des Auswärtigen Amtes für Zivile Krisenprävention bewährt, der Akteure aus dem Bereich der Friedensförderung ins Gespräch mit Verantwortlichen aus den Ressorts der Bundesregierung bringt, um sich über aktuelle Herausforderungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Hier ist es uns gelungen, innerhalb der Bürokratie Horizonte zu erweitern. Dieses Engagement bedarf aber eines langen Atems, denn Veränderungen auf der obersten politischen Ebene können nur erreicht werden, wenn sie von engagierten Protagonisten vorgebracht und durch kontinuierlichen Druck seitens der Zivilgesellschaft immer wieder eingefordert werden.

Ein weiteres Instrument der Öffentlichkeitsarbeit sind Friedens- und Menschenrechtspreise, über die Partner international bekannter gemacht werden können und damit ein gewisses Maß an Schutz erhalten. Brot für die Welt ist zum Beispiel Mitträger des jährlich vergebenen „Martin Ennals Award for Human Rights Defenders“. Mit diesem Preis werden Menschen gewürdigt, die sich in besonderer Weise für die Wahrung der Menschenrechte in ihren Ländern engagieren.

4.2.9 Politikkohärenz stärken - eigene Anteile am Unfrieden abbauen

Glaubwürdigkeit ist die Grundlage von Friedensarbeit, und dazu gehört für uns zwingend, die Folgen der eigenen Lebensweise und des eigenen Wirtschaftens für den Weltfrieden in den Blick zu nehmen. Deutsche und Europäische Politik im Rohstoff-, Klima-, Handels-, Energie- und Agrarsektor und Investitionsabkommen, die ausschließlich den Wirtschaftsinteressen im Norden dient, ohne die Wirkungen auf die Bevölkerung zu prüfen, häufig sogar Landraub oder Wassernotstand befördert, unterwandert oft Friedensbemühungen und trägt mit zur Zerstörung von Lebensgrundlagen und Konfliktverschärfung bei. Dies lässt sich nur durch eine kohärente, also ein unter den verschiedenen Ressorts abgestimmte und auf Frieden und Gerechtigkeit ausgerichtete Politik vermeiden. Gleichzeitig ist es wichtig, auch hierzulande das Konsumverhalten zu verändern, denn durch unseren Energie- und Ressourcenverbrauch werden Konflikte im globalen Kontext mitverursacht. Außerdem

müssen Unternehmen und Finanziere (wie etwa Entwicklungsbanken) zur Einhaltung von ökologischen und menschenrechtlichen Standards, Konfliktsensibilität im Sinne von Do no Harm, Verantwortungsübernahme für entstandene Schäden und Bereitstellung von Entschädigungs- und Kompensationsmaßnahmen verpflichtet werden. An der Frage des Umgangs mit Rüstungsexporten entscheidet sich schließlich, ob deutsche Politik auf internationaler Ebene Glaubwürdigkeit im Sinne einer Friedenspolitik beanspruchen kann und ob sie kohärent gestaltet wird. Waffen und Rüstungsgüter in Konfliktgebieten weltweit stammen nicht selten aus deutschen Firmen. Deutschland ist nach Russland und den USA einer der fünf größten Waffenexporteure weltweit (2018).⁴⁵ Rüstungsexporte aus Deutschland tragen zu den humanitären Katastrophen in Konfliktregionen wie im Jemen bei und verschärfen damit auch die Ursachen für Vertreibung und Flucht. Deutsche Waffen finden regelmäßig den Weg in die Hände von Rebellen und von Kindern, die als Soldat/innen missbraucht und zu Gewalt gezwungen werden. Im Krieg in Syrien kommen inzwischen Panzer aus deutschen Beständen zum Einsatz, genauso wie Waffen der Firma Heckler & Koch in den Beständen der Freien Syrischen Armee, die mit den türkischen Streitkräften kooperiert.

Mit politischen Grundsätzen, den Kleinwaffengrundsätzen, verbesserter Transparenz und Maßnahmen für eine Endverbleibskontrolle wurden zwar erste Schritte hin zu einer restriktiveren Politik eingeleitet. Allerdings müssen diese Elemente dringend in einem einheitlichen und restriktiven Rüstungsexportkontrollgesetz zusammengeführt und dafür auch die inhaltlichen Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU in deutsches Recht übernommen werden. Außerdem muss die Begründungspflicht, die bislang den Kritikern der Rüstungsexportpraxis obliegt, den Befürwortern von Rüstungsexporten auferlegt werden. Seit mehr als zwanzig Jahren gibt die GKKE einen Bericht heraus, in dem sie die je aktuelle Rüstungsexportpraxis der Bundesregierung darstellt und unter ethischen Gesichtspunkten begutachtet.⁴⁶ Brot für die Welt ist Teil der entsprechenden Fachgruppe und bringt sich dort mit seiner entwicklungspolitischen Expertise ein. Weiterhin ist das Werk auch im Trägerkreis der Aktion Aufschrei⁴⁷, einer zivilgesellschaftlichen Kampagne für den Stopp von Waffenexporten, aktiv.

4.3 Friedensförderung als Querschnittsaufgabe

4.3.1 Humanitäre Hilfe, Entwicklungs- und Friedensarbeit: Systemische Ansätze gezielt unterstützen

In Zukunft wird auch die Debatte um das Zusammenspiel zwischen Humanitärer Hilfe, Frieden und Entwicklung abgestimmt zwischen den Schwesterorganisationen Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe vertieft begleitet und geführt werden. Die Ausrichtung der Humanitären Hilfe an den Prinzipien der Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Neutralität und Unabhängigkeit ist für eine effektive Hilfe für von Konflikten und Krisen betroffenen Menschen von zentraler Bedeutung. Politische Neutralität und Unabhängigkeit sind kein Selbstzweck, sondern sie tragen als operationelle Prinzipien dazu bei, die Akzeptanz der Akteure zu gewährleisten, so dass humanitäre Hilfe Menschen in Not erreichen kann. Es wäre falsch, die humanitären Prinzipien als starre, absolute Kategorien zu begreifen und anzuwenden. Sie sind jeweils kontextspezifisch zu betrachten und müssen sich daran messen lassen, wie der Anspruch nach der universellen Anerkennung und Sicherung eines menschenwürdigen Überlebens von Menschen unabhängig von ihrer politischen Einstellung erfüllen lässt. Vor diesem Hintergrund muss das Engagement der Diakonie Katastrophenhilfe zu Frieden immer wieder gemessen werden.

Als Teil der ACT Alliance (Action of Churches Together) und anderer Netzwerke wie auch für sich alleine positioniert sich die Diakonie Katastrophenhilfe klar in Bezug auf die unbedingte Verantwortung der Konfliktparteien zur Einhaltung und Umsetzung des Humanitären Völkerrechts und anderer Schutzregime. Wir sind überzeugt, dass dies eine wichtige Grundlage für Frieden und Versöhnung ist. Die Diakonie Katastrophenhilfe zögert auch nicht, auf die Grenzen der Humanitären Hilfe hinzuweisen, ebenso wie sie die verantwortlichen politischen Akteure an ihre Verantwortung erinnert, Konflikte zu lösen, um das Leiden der Bevölkerung zu verringern und zu beenden. Die Diakonie Katastrophenhilfe berücksichtigt in ihrer Arbeit konflikt-sensible Ansätze (z. B. Do No Harm), so dass die geleistete Hilfe nicht zusätzlich polarisiert und Konflikte verschärft. Über die stringente Aufnahme von Schutzaspekten in die Konzeptionierung von Projekten und Programmen (Standalone und Querschnitt), sowie die enge Einbeziehung der sowie die Fokussierung auf die betroffenen Menschen und Partner vor Ort in der Nothilfe, den Wiederaufbau und die

Katastrophenvorsorge, wird diese Konfliktsensibilität konkret und den Humanitären Prinzipien kontextspezifisch gerecht. Zur Schutzverantwortung gehört auch der Schutz vor sexualisierter Gewalt und Übergriffen. Humanitäre, auf Notlinderung ausgerichtete Hilfe und Maßnahmen, die auf langfristige Entwicklung und Friedensförderung ausgerichtet sind, müssen in einem systemischen Ansatz gebündelt werden, den es gilt weiter zu entwickeln und gezielt zu unterstützen.

4.3.2 Friedens- und Menschenrechtsarbeit gestalten, Konfliktsensibilität fördern

Wie in Kapitel 3.1. ausgeführt wurde, gehen wir davon aus, dass Frieden und Gerechtigkeit zusammen gehören und dass der rechtsbasierte Ansatz ein wichtiges Handlungsprinzip für Konflikttransformation sein kann. Er ermöglicht es, sich auf den universellen Rahmen der Menschenrechte zu beziehen und sich auf diesen Wertekanon zu berufen. Es gibt aber auch Grenzen des Menschenrechtsansatzes. In fragilen Kontexten können die Menschenrechte aufgrund von fehlenden oder nicht arbeitsfähigen staatlichen Strukturen eventuell nicht mehr einklagbar sein. Dies bedeutet jedoch nicht, untätig zu sein, sondern trotzdem Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und auf internationaler Ebene oder in einer Postkonfliktphase in Prozessen von Transitional Justice zu nutzen.

Ein menschenrechtsbasierter Ansatz kann in bestimmten Situationen und Kontexten konfliktverschärfend wirken, dann ist ein gutes Konfliktmanagement gefordert. So können unterschiedliche Gruppen unterschiedliche Rechte einfordern, woran sich ein alter Konflikt erneut entfachen kann oder ein neuer Konfliktgrund entsteht. Gleichzeitig ermöglicht der menschenrechtsbasierte Ansatz aber auch ein ‚empowerment‘ bisher marginalisierter oder zumindest als schwach angesehener gesellschaftlicher Gruppen oder Individuen. Diese Stärkung und Einforderung von Rechten sind nicht selten gegenläufig zu den Interessen und Herrschaftsansprüchen bisheriger Eliten. Auch in Disputen zwischen Betroffenen und Investoren zum Beispiel kann der rechtsbasierte Ansatz dazu führen, dass sich der Konflikt zwischen den Kontrahenten verschärft. Ein gutes Konfliktmanagement bedeutet dann, auf die Dynamiken so einzuwirken und Gewaltanwendung zu verhindern, dass der Konflikt gewaltfrei und konstruktiv miteinander verhandelt und ausgeglichen werden kann. Menschenrechtsverteidiger/innen sind wie Seismographen, wenn es um Fortschritte in der Konfliktbearbeitung oder um drohende Eskalation und Gewaltspiralen geht. Analysefähigkeit und

Konfliktsensibilität sollte in allen Bereichen gefördert und gestärkt werden. Der Do No Harm-Ansatz sollte weiter ausgebaut und mit den Querschnittsthemen Menschenrechte und Gender gemeinsam verfolgt werden.

Die Risiken, die der Einsatz für eine gerechtere Welt für Friedensarbeiter/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen hat, muss bereits in Analysen und Projektplanungen mitgedacht und der Umgang damit geplant werden. Menschenrechtsarbeiter/innen und Konfliktarbeiter/innen müssen deshalb jederzeit bereit sein, sich für den Schutz bedrohter Menschenrechtsverteidiger/innen einzusetzen. Hier gibt es zuverlässige und eingespielte Prozesse, wie etwa die Nutzung von nationalen und internationalen Menschenrechtsinstrumenten und -strukturen. Diese müssen – mit Blick auf die weltweit zunehmenden Fälle akuter Bedrohung und Ausgrenzung von Partnern – vorausschauend weiter ausgebaut werden. Eine besondere Aufgabe bildet hier der gesamte Bereich der digitalen Kommunikation, in dem Lösungen für den Schutz von Partnern gefunden werden müssen.

4.3.3 Chancen und Grenzen von Dialogprogrammen erkennen

Dialog – eines der klassischen Instrumente der Konfliktbearbeitung – ist wichtig, um Verständnis für andere Sichtweisen zu wecken, verschiedene Perspektiven auf einen Konfliktgrund kennen zu lernen und Verhandlungen anzubahnen. Dialogprozesse sollen im Idealfall die Teilnehmenden in die Lage versetzen, den Konflikt konstruktiv zu bearbeiten. Dialog ist in der Regel langfristig angelegt, da er verschiedene Stadien der Dialogführung, im Vertrauensaufbau, Kennenlernen und Verhandeln braucht, die gemeinsam vereinbart und organisiert werden müssen. Zahlreiche friedensfördernde Partnerprojekte von Brot für die Welt nehmen Bezug auf Dialogansätze.

Welches Format und welche Art von Dialog angemessen sind, hängt vom Konflikttyp und –verlauf sowie vom kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Kontext ab. Nur mithilfe einer fundierten Gender-, Konflikt- und Kontextanalyse können Chancen und Risiken von Dialogen ausgelotet werden. Zudem ist eine Übersicht der am Konflikt beteiligten Akteure und ihrer Interessen erforderlich, um einschätzen zu können, wer an einem Dialog beteiligt werden muss und um zu vermeiden, dass ausgeschlossene Akteure Dialoge schädigen oder anschließend Ergebnisse untergraben. Auch die Frage des Zeitpunkts und des „settings“

sowie die Eignung und Legitimität der moderierenden Akteure entscheidet über Erfolg oder Misserfolg solcher Ansätze.

Ein besonderes Risiko bringen Dialoge mit sich, in denen von vornherein eine große Machtasymmetrie vorherrscht. Dies ist vielfach in Ressourcenkonflikten der Fall, bei denen lokal Betroffene mächtigen nationalen Eliten und/oder internationalen Unternehmen⁴⁸ gegenüberstehen (s.a. 4.2.6). Kritische Dialoge mit den Mächtigen über Landrechte⁴⁹ sind weltweit zunehmend risikobehaftet und gefährlich für die lokalen Betroffenen und Landrechtsverteidiger/innen. Häufig werden darüber hinaus Informationen aus den Dialogprozessen von den Unternehmen genutzt, um sie zu einem anderen Zeitpunkt für die Durchsetzung der eigenen Interessen auszunutzen, Gerichtsverfahren zu manipulieren, die lokalen Gemeinschaften zu spalten und individuelle Aktivist/innen auszuschalten.

In religiös aufgeladenen Konfliktkontexten wird interreligiösem Dialog fast immer eine zentrale Rolle in der Friedensarbeit zugewiesen. Religiöse Akteure unterschiedlicher Konfessionen bemühen sich teilweise sehr aktiv darum, Spannungen zu überwinden und zu einem friedlichen Miteinander beizutragen. So betonen kirchliche Partnerorganisationen aus Nigeria, Liberia, Kenia, Nepal und Indien die Bedeutung von Dialogen, um Kontakte zur muslimischen Seite aufzubauen und zu erhalten. Wichtig sei allerdings, dass sich der Dialog auf gegenseitige Akzeptanz und Toleranz gründe und sich daraus konkrete gemeinsame Aktivitäten ergäben, die einen konstruktiven Beitrag zum Friedensaufbau leisten. Lehren aus vielen Dialogprogrammen zeigen, dass die Chancen von solchen Programmen groß sind, wenn die Wirkungen nicht überschätzt und Risiken nicht aus dem Blick verloren werden. Interreligiöser Dialog darf nicht zum Selbstzweck werden, sondern muss auf gesellschaftliche Herausforderungen ausgerichtet sein, es müssen Brücken zwischen Prozessen an der Basis und der „Führungsebene“ der religiösen Würdenträger geschaffen werden. Dialogprogramme sind als Teil umfassend angelegter Friedensprozesse und Konflikttransformation zu sehen, so dass in Situationen, in denen Dialog keine Option darstellt, andere Aktivitäten wie etwa vertrauensbildende oder auch Dialog vorbereitende Maßnahmen und Vernetzungsaktivitäten sinnvoll sein können.

4.3.4 Professionelle Unterstützung und gemeinsames Lernen sicherstellen

Erfolgreiche Friedensarbeit vereint verschiedene Ansätze, Maßnahmen und Akteure. Wie oben beschrieben, ist Friedensarbeit besonders dort effektiv, wo Akteure auf verschiedenen Ebenen Methoden der gewaltfreien und konstruktiven Konflikttransformation anwenden. Brot für die Welt unterstützt die Bemühungen der Partnerorganisationen auf unterschiedliche Weise. Neben der finanziellen Förderung durch Spenden, kirchliche und öffentliche Mittel, gibt es eine Vielzahl von weiteren Instrumenten der Zusammenarbeit, die von regelmäßigen Besuchen, Beratungen, Fortbildung und Stipendien über Vernetzung und Süd-Süd-Austausch bis hin zu länder-/regionalspezifischen oder auch thematischer Lobby- und Advocacyarbeit sowie Personalvermittlungen reicht. Diese müssen miteinander in Verbindung gebracht und systemisch weiterentwickelt werden.

So vermitteln wir Friedensfachkräfte an Partner auf der ganzen Welt, u. a. als eine von neun deutschen Friedens- und Entwicklungsorganisationen im Rahmen des Programms „Ziviler Friedensdienst“, für dessen Einrichtung durch die Bundesregierung im Jahr 1999 sich nicht zuletzt die evangelischen Kirchen über viele Jahre intensiv eingesetzt hatten. Dieses wird in den Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“⁵⁰ als weltweit einzigartige Kombination staatlicher und nicht-staatlicher Ansätze in der Friedensförderung gewürdigt. Eine globale Evaluierung des Zivilen Friedensdienstes stellte die Relevanz und Wirksamkeit der Vermittlung von Fachkräften fest, insbesondere in Bezug auf die Bedürfnisse der lokalen Friedensakteure: Finanzierung von Aktivitäten und lokalem Personal, Unterstützung beim institutionellen Aufbau, Vernetzung, Vermittlung zwischen Konfliktparteien und Dritten, spezifische Kompetenzen in den Themenfeldern Frieden, Justiz und Menschenrechte sowie Schutz vor Übergriffen gegen Aktivist/innen.⁵¹ Fachkräfte leisten auch häufig einen besonderen Beitrag zu Globalem Lernen, z. B. wenn sie ihre während des Dienstes erworbenen Perspektiven und Erkenntnisse nach der Rückkehr in die eigene Gesellschaft zurücktragen und sich hier für friedenspolitische Anliegen einsetzen.

Frieden braucht Fachleute. Friedensarbeit hat sich in den letzten Jahren sowohl hierzulande als auch global gesehen immer weiter professionalisiert. Dadurch sind auch die Anforderungen, die an die Friedens- und Menschenrechtsarbeit gestellt werden, gewachsen. Durch Fort- und Weiterbildungsangebote wollen und müssen wir auch in Zukunft

einen aktiven Beitrag zur Stärkung des Potentials von lokalen Friedenskapazitäten leisten. Qualifikation, Wissensvermittlung und die praktische Anwendung von Methoden und Ansätzen der Konflikttransformation unterstützen die Professionalisierung lokaler Gruppen und Initiativen sowie Fachkräften, aber auch von Mitarbeitenden des Werks.

Brot für die Welt fördert auch die akademische Ausbildung von jungen Frauen und Männern in Deutschland und im Globalen Süden. Ziel der Förderung ist nicht in erster Linie, individuelle Karrieren voranzubringen, sondern u. a. einen Beitrag zur Qualifizierung der Partnerorganisationen zu leisten und zivilgesellschaftliches Engagement von Stipendiat/innen zu stärken. Dabei werden Vorhaben unterstützt, die zu Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung beitragen. Stipendien von Brot für die Welt bieten u. a. Menschen, die in ihren Herkunftsländern bedroht und verfolgt werden, die Möglichkeit der Finanzierung eines Studiums in Deutschland. Die geplante Erweiterung des Flüchtlingsstipendienprogramms stellt ein zusätzliches Angebot für bedrohte Mitarbeitende von Partnerorganisationen dar. Angesichts des steigenden Bedarfs sollten diese Angebote kontinuierlich fortentwickelt und ausgebaut werden.

4.3.5 Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit stärker an den Themen Frieden und Abrüstung ausrichten

Sowohl die länder- und regionenspezifische Lobbyarbeit der Internationalen Programmabteilungen als auch die thematisch fokussierte der Politikabteilung sollten sich an den Themen Frieden und Abrüstung ausrichten. Wichtigste Bezugspunkte für die Arbeit auf internationaler Ebene ergeben sich dafür aus dem 2018 veröffentlichten Bericht des VN-Generalsekretärs A. Guterres zu „Peacebuilding and Sustaining Peace“⁵² und der Agenda zur Erhaltung des Friedens und Prävention, die 2015 verabschiedete „Agenda 2030“ mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen (SDGs), besonders dem SDG 16⁵³ zur Herstellung inklusiver und friedlicher Gesellschaften und der Verbindung mit anderen Zielen (etwa SDG 10 zu ‚Ungleichheit‘, SDG 2 zu ‚Land‘, etc). Eine wichtige Aufgabe besteht darin, an der die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen, wie sie durch die Vereinten Nationen erwirkt wurde, als eine zentrale Voraussetzung für die Wahrung des internationalen Friedens in der Lobbyarbeit festzuhalten.⁵⁴ Gleichzeitig bilden die Übereinkünfte zu menschenrechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Rechten im VN-Kontext wichtige Referenzpunkte. Um den VN-Zielen für nachhaltige Entwicklung und Frieden gerecht zu werden, muss sich Lobbyarbeit auf der deutschen und europäischen Ebene zum einen darauf

richten, kontinuierliche Aufwüchse in den Entwicklungsausgaben zu erwirken, damit die international für OECD-Länder verpflichtende Quote von 0,7% des Bruttonationaleinkommens erreicht wird; zum anderen muss Tendenzen für eine Steigerung der Militärausgaben (wie z. B. der Forderung der NATO nach 2% des BNE) energisch widersprochen werden. Stattdessen muss man sich um Aufwüchse im Bereich der zivilen Instrumente bemühen (Ziviler Friedensdienst, ziviles Personal und Polizeikräfte für internationale Friedensmissionen, Mediation, Unterstützung beim Aufbau von Justiz und Rechtsstaatlichkeit). Mit Recht schlägt der Friedensforscher Herbert Wulf 2018 vor: „Auf der Basis klarer nicht-militärisch untermauerter Regeln und einer Politik mit unumstößlichen Werten könnte Deutschland mit dem Ansehen einer Mittelmacht eine positive Rolle in Konfliktvermeidung und Konfliktmanagement übernehmen.“⁵⁵ Im Sinne der 2017 vom Bundeskabinett beschlossenen Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“⁵⁶ sollte vor allem in die Prävention (fundierte Information, Ausbau der Friedens- und Konfliktforschung und systematischen Austausch zwischen staatlichem und zivilgesellschaftlichem Knowhow) investiert werden, sowie in humanitäre Hilfe und Konfliktnachsorge, Unterstützung von Zivilgesellschaft, Institutionen für Streit-schlichtung und Menschenrechtsschutz, Aufarbeitung und Aussöhnung in Nachkriegsregionen.

Lobbyarbeit mit Partnern des Bereichs Internationale Programme richtet sich an länder- und regionspezifischen Friedensthemen aus. Vielfach gibt es Anknüpfungspunkte zu thematischer Lobbyarbeit der Politikabteilung. Häufig werden auch Lobbyanliegen der Partner und Fallbeispiele gemeinsam bearbeitet. In einer Situation, in der verstärkt auf nationalistische, unilaterale und aggressive Politikkonzepte zurückgegriffen wird, ist es Aufgabe der Lobbyarbeit von Zivilgesellschaft und Kirchen, mit plastischen Beispielen zu verdeutlichen, dass sich Frieden und Sicherheit eher im Rahmen von Konzepten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, politischen Kooperation und multilateralen Abstimmung verwirklichen lassen. Gleichzeitig gilt es, politische Mandats- und Entscheidungsträger/innen davon zu überzeugen, dass der Ausbau des VN-Präventionssystems auf globaler und regionaler Ebene für die Sicherung des Friedens zwingend ist. Lobbyarbeit im nationalen und internationalen Kontext muss Vorschläge dazu machen, wie deutsche und europäische Politik gestaltet werden kann, damit die präventiven Kapazitäten der VN und ihrer Regionalorganisationen unterstützt werden. Das erfordert den konsequenten Ausbau von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Instrumenten der zivilen Konfliktbearbeitung und Friedensförderung auf nationaler und europäischer Ebene

und ein klares Bekenntnis für den Primat des Zivilen gegenüber dem Militärischen. Die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ bieten dafür nützliche Anhaltspunkte, die nun in konkrete politische Schritte übersetzt werden müssen. Eine weitere Herausforderung besteht darin, diplomatische und politische Ansätze zur Streitbeilegung (angefangen von „guten Diensten“ über Mediation bis hin zur Verhandlungsunterstützung) und die Vorteile der zivilen Alternativen gegenüber militärischen Konzepten bekannter zu machen und mit erfolgreichen Beispielen zu illustrieren. Gleichzeitig muss man dafür werben, dass diese auch finanziell besser ausgestattet werden.

Außerdem sollte sich die Lobbyarbeit darauf richten, eigene Anteile am weltweiten Unfrieden kritisch zu reflektieren und durch die kohärente Gestaltung aller Politikbereiche zu beseitigen (s. a. 4.2.8). Das bedeutet u. a., sich weiterhin konsequent für die Eindämmung und gesetzliche Regelung von Rüstungsexporten zu engagieren. Der Transfer von Waffen und kriegsunterstützender Ausrüstung (auch in Form von Lizenzen zum Nachbau deutscher Rüstungsgüter) aus Deutschland und Europa in Spannungsgebiete und Diktaturen muss gestoppt werden. Eine weitere Forderung muss sich auf die faire Gestaltung von Handelsbeziehungen, Wirtschaftskooperation (veränderte Investitionsverfahren, Verhinderung von Landraub, Umsetzung menschenrechtlicher Verpflichtungen und Unternehmensverantwortung), Ressourcen- und Klimapolitik richten. Die Steigerung der Mittel für Entwicklungspolitik wäre ein wichtiger Beitrag zur Prävention von Gewaltkonflikten. Aber Armutsbekämpfung und Maßnahmen zur Gewaltprävention können nur Wirkung entfalten, wenn auf deutscher und europäischer Ebene gleichzeitig auch die Außen-, Wirtschafts-, Sicherheits-, Agrar-, Umwelt- und Entwicklungspolitik kohärent friedensfördernd gestaltet werden. Auf EU-Ebene wurde zwar in manchen Referenzdokumenten mehr Kohärenz angekündigt⁵⁷, der aber nach wie vor eine völlig andere Praxis entgegensteht.

Die aktuelle Praxis der EU und ihrer Mitgliedstaaten zur Auslagerung des EU-Grenzregimes wird begleitet von dem Bestreben, zivile und entwicklungspolitische Förderinstrumente für Maßnahmen der Migrationsabwehr umzufunktionieren. Gleichzeitig werden militärische und polizeiliche Kooperationen mit Regimen etabliert, die Menschenrechte systematisch verletzen. Diese Politik wird von deutschen Regierungen nicht nur mitgetragen, sondern maßgeblich mitgestaltet. Lobbyarbeit kann sich an dieser Stelle also nicht allein an die nationale Ebene, sondern muss sich auch

hier an die Mandats- und Entscheidungsträger/innen in Brüssel und Straßburg richten.

Eine zentrale Aufgabe für zivilgesellschaftliche Akteure und kirchliche Hilfswerke besteht darin, politische Diskurse zu dekonstruieren, die vorgeben, Sicherheit und Frieden seien identisch. Die Botschaft Dietrich Bonhoeffers in seiner Rede auf Fanoe (1934) ist heute aktueller denn je: Der Weg über die „Sicherheit“ führt nicht zum „Frieden“, sondern Sicherheitsdenken kann gegenteilige Effekte haben.⁵⁸ In jedem Falle ist Frieden sehr viel mehr als Sicherheit, und nur zu erhalten und zu gewinnen, wenn man ihn sorgfältig und gewissenhaft vorbereitet. Die Lobbyarbeit von Brot für die Welt will darauf hinwirken, dass Friedenslogik das Sicherheitsdenken ersetzt.

Frieden erfordert einen kontinuierlichen Einsatz ziviler Methoden der Konfliktbearbeitung auf diplomatisch-politischer sowie gesellschaftlicher und zudem Institutionenbildung auf rechtlicher Ebene. Anstatt militärische Instrumente und Sicherheitsapparate auszubauen, die die Folgen von Gewaltkonflikten (z. B. Fluchtbewegungen) kanalisieren, wäre es wichtig, Institutionen für Rechtssicherheit auf nationaler, europäischer und globaler Ebene auszubauen und zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken. Eine zentrale Anliegen besteht ferner darin, die Agenda 2030 der VN mit der erneut bekräftigten Verpflichtung zu einem ODA-Beitrag von 0,7% des Bruttonationaleinkommens konsequent umzusetzen und vor allem auch dem Nachhaltigen Entwicklungsziel Nr. 16 zu Frieden und Sicherheit durch die Förderung friedensfähiger und inklusiver Gesellschaften zur Umsetzung zu verhelfen.⁵⁹

Die öffentliche Wahrnehmung des Themenfeldes „Zivile Konfliktbearbeitung“ ist leider immer noch unterentwickelt, da Regierung und Parlament dieses nicht ausreichend medial aufbereiten. So ist in der öffentlichen Diskussion viel zu wenig über die Möglichkeiten und Erfolge von zivilen Maßnahmen bekannt. Schnell wird beim Ausbruch von Gewalt der Ruf nach einem militärischen Eingreifen laut. Umso mehr bedarf es illustrativer Darstellungen der Vorteile ziviler Ansätze. Es ist auch an uns, die erfolgreichen und bewährten Instrumente der Friedensarbeit und erfolgreiches Engagement unserer Partner in der Friedensarbeit vor Ort bekannter zu machen und dadurch zu stärken. Vor allem muss es gelingen, die Notwendigkeit von Gewaltprävention in den Fokus der Politik und der Medien zu rücken.

Eine weitere Aufgabe besteht darin, die internationale ökumenische Bewegung (vertreten u. a. durch den ÖRK und

den Europäischen Kirchenrat) in ihren Appellen für Frieden, Abrüstung und Rüstungskontrolle zu stärken und einer Umschichtung der Mittelverwendung vom zivilen in den militärischen Bereich konsequent entgegenzuwirken.

Zudem wäre es wichtig, noch nachdrücklicher als bisher Kampagnen der Friedensbewegung im Bereich der Abrüstung und im Protest gegen die aktuelle Rüstungsexportpraxis zu unterstützen.

QUELLEN

¹ Human Security Report 2005: War and Peace in the 21st Century. Burnaby, BC: Simon Fraser University Press;

Human Security Report 2009/2010: The Causes of Peace and the Shrinking Costs of War. Burnaby, BC: Simon Fraser University Press.

Human Security Report Project. 2011.

² United Nations and World Bank: Pathways for Peace. Inclusive Approaches to Preventing Violent Conflict. Washington DC: The World Bank (2018);
<https://unsdg.un.org/resources/pathways-peace-inclusive-approaches-preventing-violent-conflict>

UN General Assembly Security Council: Report of the Secretary-General: Peacebuilding and Sustaining Peace, 18 January 2018. (A/72/707-S/2018/43).
<http://undocs.org/a/72/707>

³ UN/World Bank: Pathways for Peace, s. Anm. 2.;

Organisation for Economic Co-operation and Development/OECD: States of Fragility Report 2016 (Paris 2016)
<http://www.oecd.org/dac/states-of-fragility-2016-9789264267213-en.htm>

⁴ Zu den Themen Flucht und Migration ist eine eigenständige „Policy“ in Arbeit, die derzeit (2018) von Kolleg/innen im „Referat Menschenrechte und Frieden“ erstellt wird.

⁵ Dmitri Suslow in: Andrea Böhm u. a. „Nichts ist mehr sicher“, in: die Zeit vom 07.12.2017.

⁶ SIPRI (Hrsg.), Global Military Spending Remains High at 17 Trillion Dollar, May 2, 2018;
<https://www.sipri.org/media/press-release/2018/global-military-spending-remains-high-17-trillion>

⁷ Vgl. dazu die Beiträge von Hanne-Margret Birckenbach und Sabine Jaberg in Wissenschaft und Frieden, Friedenslogik statt Sicherheitslogik, Dossier Nr. 75, 2014-2,
<https://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?dossierID=079>

⁸ Civicus Monitor 2018
<https://monitor.civicus.org>

und

Brot für die Welt (Hrsg.): Atlas der Zivilgesellschaft, Berlin 2018.
https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/media-pool/2_Downloads/Fachinformationen/Atlas_d_zivilgesellschaft/2018/Brot_fuer_die_Welt_Atlas_der_Zivilgesellschaft.pdf

⁹ Zivilgesellschaft in Gefahr. Diskussionspapier von Brot für die Welt u. a. Dezember 2016;
https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/media-pool/2_Downloads/Fachinformationen/Sonstiges/Positionspapier_shrinking_space.pdf

¹⁰ Brot für die Welt u. a. (Hrsg.): Leitbild Frieden. Was heißt friedenslogische Flüchtlingspolitik?, Dialog 14, Berlin, Juli 2015
https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/media-pool/2_Downloads/Fachinformationen/Dialog/Dialog14_Leitbild_Frieden.pdf

¹¹ United Nations: Resolution adopted by the General Assembly on 25th September 2015 A/RES/70/1. Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development
https://www.un.org/en/development/desa/population/migration/generalassembly/docs/globalcompact/A_RES_70_1_E.pdf

¹² Die Bibel: Lutherbibel revidiert 2017, Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart

¹³ Weltkirchenkonferenz 1968, Uppsala
<http://oikoumene.net/hostudies/gerecht.book/one.book/index.html?entry=page.book.1.2.8>

¹⁴ EKD (1973) (Hrsg.): Der Entwicklungsdienst der Kirche - ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt. Eine Denkschrift der Kammer der Evangelischen Kirche für Kirchlichen Entwicklungsdienst (Hrsg.), Gütersloh 1973, S.16

¹⁵ EKD (Hrsg.) Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, Friedensdenkschrift des Rates der EKD“, Gütersloh 2007;
https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/ekd_friedensdenkschrift.pdf

¹⁶ EKD (Hrsg.) Friedensdenkschrift „Frieden wahren, fördern und erneuern“, Gütersloh 1981

¹⁷ EKD 2007, S.53 (s. Anm. 15)

¹⁸ World Council of Churches: An Ecumenical Call for Just Peace (International Ecumenical Peace Convocation/IEPC Kingston 2011)
http://www.overcomingviolence.org/fileadmin/dov/files/iepc/resources/ECJustPeace_English.pdf

¹⁹ World Council of Churches: Statement on the Way of Just Peace (WCC 10th Assembly, Busan 2013)
<https://www.oikoumene.org/en/resources/documents/assembly/2013-busan/adopted-documents/statements/the-way-of-just-peace>

²⁰ UN/World Bank: Pathways for Peace (s. Anm. 2);

²¹ Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (Hrsg.): "Frieden muss von innen wachsen – Zivile Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit", Bonn, Stuttgart, Aachen 1999

²² a) Evangelischer Entwicklungsdienst/EED: „Mit Konflikten umgehen – Die Perspektive wechseln. Aus Erfahrungen lokaler Akteure lernen“, Bonn, 2009
https://shop.brot-fuer-die-welt.de/images/eed_mit-konflikten-umgehen_09_deu.pdf ;

und

b) Ökumenische Diakonie: Orientierungsrahmen Konflikttransformation und Friedensarbeit, Stuttgart, 2009
https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/media-pool/2_Downloads/Fachinformationen/Profil/Profil_01_Konflikttransformation_Internet.pdf

²³ a) Brot für die Welt: Religion im Kontext von Gewalt, Dialog 16, November 2015;
https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/media-pool/2_Downloads/Fachinformationen/Dialog/Dialog16_Religion_im_Kontext_von_Gewalt.pdf;

und:

b) Brot für die Welt: Dokumente zu der Lernwerkstatt 2015, (unveröffentlicht)

²⁴ siehe Anm. 22 und 23

²⁵ Brot für die Welt, Global Policy Forum, Misereor: Vom Erz zum Auto, Berlin, September 2012;

https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/media-pool/2_Downloads/Themen/Menschenrechte_und_Frieden/Vom_Erz_zum_Auto.pdf

²⁶ Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung/FriEnt: Natascha Zupan u. Sylvia Servas, FriEnt-Leitfaden „Transitional Justice“, 2007;

<https://www.frient.de/publikationen/dokument/transitional-justice>

²⁷ Zu den Prinzipien, die vom ehemaligen VN-Sonderberichterstatter Luis Joinet verfasst wurden, vgl. Natascha Zupan, Vergangenheitsarbeit, Beitrag für die Bundeszentrale für politische Bildung v. 26.7.2016

<http://www.bpb.de/internationales/weltweit/innerstaatliche-konflikte/54742/vergangenheitsarbeit>

²⁸ Damit einher geht große Infektionsgefahr für HIV und Aids, die besonders bei jungen Frauen etwa drei- bis sechsmal höher liegt als die der Männer. 50 Prozent der HIV-Positiven weltweit und 61 Prozent der HIV-Positiven in Afrika sind Frauen. Vergewaltigung erhöht das Risiko einer HIV-Infektion enorm. Zudem trägt HIV auch zu Konflikten innerhalb von Familien und Gemeinschaften bei. (aus: Orientierungsrahmen für Zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung, s. Anm. 21 b)

²⁹ UNWomen (Hrsg.): Preventing conflict, transforming justice, Securing the Peace. A Global Study on the Implementation of the UN SC Resolution 1325 (2015)

<http://wps.unwomen.org/>

³⁰ Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (Hrsg.): "Frieden muss von innen wachsen – Zivile Konfliktbearbeitung in der Entwicklungszusammenarbeit" (siehe Anm.21)

³¹ Brot für die Welt/Diakonie Katastrophenhilfe: Policypapier „Unser Verständnis von partnerschaftlicher Zusammenarbeit bei Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe, Berlin 2018 (nicht veröffentlicht)

³² Anderson, Mary B.: Do No Harm. How Aid Can Support Peace – Or War, Boulder 1999;

<http://cdacollaborative.org/cdaproject/the-do-no-harm-project/>

³³ Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung/FriEnt: How do I know? Strategic planning, learning and evaluation for peace-building, Bonn, 2014

https://www.frient.de/fileadmin/user_upload/FriEnt-Dokumente/FriEnt_Study_06_2014.pdf

³⁴ Brot für die Welt (Hrsg.): Atlas der Zivi9lgesellschaft, (Berlin, 2018 (siehe Anm. 8)

³⁵ UN-SC Resolution 1325 v. Oktober 2000;

http://www.un.org/depts/german/sr/sr_00/sr1325.pdf

³⁶ UN-SC Resolution 1820, 2008;

[http://undocs.org/en/S/RES/1820\(2008\)](http://undocs.org/en/S/RES/1820(2008))

UN SC Resoution 2242;

<https://www.un.org/sexualviolenceinconflict/resolution/resolution-2242-2015/>

³⁷ Ökumenischer Rat der Kirchen: „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“

https://www.oikoumene.org/de/was-wir-tun/pilgerweg-der-gerechtigkeit-und-des-friedens?set_language=de

³⁸ Brot für die Welt: Religion im Kontext von Gewalt, Dialog 16, Berlin, November 2015; (s. Anm. 23a)

³⁹ Ein Policypapier zu „Resilienz“ befindet sich gerade in Arbeit (2018)

⁴⁰ Vgl. dazu Andreas Hasenclever, Krieg auf Erden und Frieden vom Himmel: Überlegungen zu einer Instrumentalisierungsoption für Religionen, in: Reinhold Mrokosch u. a., (Hg.) Religionen und Weltfrieden, Stuttgart 2013, 205-230.

⁴¹ Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., Konferenz für Diakonie und Entwicklung: Erklärung zur religiösen Vielfalt, Berlin, 25. Oktober 2015

<https://www.brot-fuer-die-welt.de/ueber-uns/religion-und-entwicklung/erklarung-zur-religiosen-vielfalt/>

⁴² Brot für die Welt (Hrsg): Landnahme und ihre Auswirkungen auf Frieden, Sicherheit und Stabilität, Berlin, 2014

https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/media-pool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/Analyse_43.pdf

⁴³ Hier könnte der neue Trainingsansatz Civil Action and Transformation (CAT), der sich derzeit (2018) in der Erprobungsphase mit Partnern am Horn von Afrika und Ostafrika befindet, in Zukunft gute Dienste leisten

⁴⁴ Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“, Berlin, 2017

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/ausenpolitik/themen/krisenpraevention/leitlinien-krisen/217444>

⁴⁵ Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung/GKKE (Hrsg.) Rüstungsexportbericht 2018;

https://www.gkke.org/wp-content/uploads/altbestand/publikationen_pdf/19_01_GKKE_67_REB_2018_web.pdf

⁴⁶ GKKE, Rüstungsexportbericht 2018 (s. Anm. 45)

⁴⁷ Aktion Aufschrei, Frankfurter Erklärung (2017): Stoppt den Waffenhandel;

http://www.aufschrei-waffenhandel.de/fileadmin/dokumente/termine_aktionen/aktionsberichte/20170303_Kampagnentreffen/Frankfurter_Erklärung_2017.pdf

⁴⁸ Brot für die Welt: Landnahme und ihre Auswirkungen auf Frieden, Sicherheit und Stabilität (s. Anm. 42)

⁴⁹ Brot für die Welt (Hrsg): Land Rights Matter- Anchors to reduce Land Grabbing, Dispossession and Displacement (Berlin, 2016)

https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/media-pool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/Analyse_60_Land-Policy-Study.pdf

⁵⁰ Leitlinien der Bundesregierung, s. Anm. 44

⁵¹ Paffenholz, T. et al. Der Zivile Friedensdienst: Synthesebericht. Band I: Hauptbericht. Unveröffentlichter Evaluierungsbericht. Bonn: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2011, S. 23

⁵² UN General Assembly Security Council: Report of the Secretary General, S. Anm. 2

⁵³ Progress & Info on SDG 16 „Promote Peaceful and inclusive societies for sustainable development, provide access to justice for all and build effective, accountable and inclusive institutions at all levels;

<http://undocs.org/a/72/707>

⁵⁴ Vgl. Michael von der Schulenburg, Welt in UN-Ordnung. Deutschland muss im Sicherheitsrat die UN-Charta retten und erweitern. Drei Vorschläge. In: Internationale Politik und Gesellschaft 31.05.2018;

<http://www.ipg-journal.de/rubriken/ausen-und-sicherheitspolitik/artikel/welt-in-un-ordnung-2757/>

⁵⁵ Herbert Wulf, Das permanente Jein. Mehr deutsche Verantwortung sollte eine konsequente Politik der militärischen Nicht-einmischung bedeuten. In Internationale Politik und Gesellschaft, 15.5.2018, S. 5;

<http://www.ipg-journal.de/rubriken/ausen-und-sicherheitspolitik/artikel/das-permanente-jein-2727/>

⁵⁶ Leitlinien der Bundesregierung, (s. Anm. 44)

⁵⁷ Vgl z. B. Federica Mogherini, „Shared Vision, Common Action: A stronger Europe. Globale Strategie der Europäischen Union“, Brüssel, 2016;

https://europa.eu/globalstrategy/sites/globalstrategy/files/eugs_review_web.pdf

⁵⁸ Ökumenischen Jugendkonferenz des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen: Rede Dietrich Bonhoeffer, Fanoë, 1934
<http://www.dietrich-bonhoeffer-verein.de/dietrich-bonhoeffer/bonhoeffers-friedensverstaendnis/>

⁵⁹ Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung/FriEnt-Briefing: „Hilfreiches Prinzipienreiten: Wie die Agenda 2030 friedlichen Wandel in Konfliktsituationen ermöglichen kann, Bonn, 2017
https://www.frient.de/fileadmin/user_upload/FriEnt-Dokumente/FriEnt_Briefing_12_Umsetzung-SDGs_final.pdf